

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 Mk. (Posten 27 Pf., monatlich für Subskription 1.00 Mk.) im Voraus zahlbar. ...

Der 'Vorwärts' erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal. Die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel 'Der Abend'. ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Mittwoch 13. April 1932 Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die ständige Millimeterzeile 10 Pf. ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 ... Vorwärts-Verlag G. m. b. H. ...

Deutschland will Arbeit! Gewerkschaftskongress im Reichstag. Die Privatwirtschaft versagt, der Staat muß handeln!

Witten in den schwersten politischen Kämpfen tritt heute im Reichstag der außerordentliche Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands zusammen. ...

Die gegenwärtigen politischen Kämpfe werden mit ungeheurer Spannung, Wucht und Erbitterung geführt. Das beispiellose Toben politischer Leidenschaften, wie wir es erleben, wäre nicht denkbar ohne die Verzweiflung, die die erwerbslosen Arbeiter, Angestellten und Beamten und die in Folge Auftragsmangels verdurstende kleine und große Industrie erfüllt. ...

Man hat in Deutschland viel zu spät erkannt, daß von der privaten Initiative eine Lösung der Wirtschaftskrise nicht zu erwarten ist. Man hat viel zu lange verkannt, daß in der gegenwärtigen Lage eine Besserung der Wirtschaftsverhältnisse nur durch die Initiative des Staates gesichert werden kann. ...

Die sozialistischen Parteien aller Länder haben seit zehn Jahren den wirtschaftlichen Unfug der Reparationen bekämpft; aber dieser Unfug wurde von den kapitalistischen Regierungen der Siegerländer so lange betrieben, bis das Vertrauen zwischen den Völkern und das Finanzsystem der Welt vollständig zusammenbrachen. ...

Reichskanzler Dr. Brüning wird auf dem heutigen Gewerkschaftskongress sprechen. Was er sagen kann, ist durch die Entwicklung der Weltwirtschaft und in Deutschland vorgezeichnet. Brüning wird nur staatsmännischer Einsicht und der Wahrheit mit der Feststellung Ausdruck geben können, daß es allein der Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsführung ist, der heute dem verzweifelnden deutschen Bürgertum als Banner der politischen Systeme erscheint. ...

Es ist die ganze deutsche Öffentlichkeit, die von Brüning eine Antwort auf die Forderungen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach praktischer Arbeitsbeschaffung erwartet. ...

lichteit sagen müssen, daß das Reich die Pflicht zur Führung in der öffentlichen Arbeitsbeschaffung als volkswirtschaftliche Notwendigkeit anerkennt, nachdem durch die unzureichenden Erfolge der Notverordnung vom 8. Dezember jene neue Lage tatsächlich eingetreten ist, von der er in seinem Schreiben an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vom 12. Dezember gesprochen hat. ...

Niemand kann heute die volkswirtschaftliche Notwendigkeit großzügiger öffentlicher Arbeitsbeschaffung mehr bestreiten. Der Krisenverlauf hat in Deutschland gezeigt, daß nicht darauf zu hoffen ist, daß zu den feiernden Händen und rostenden Maschinen ohne staatliches Eingreifen genug und ausreichend billiges Geld kommt. ...

Man kann sich nicht mit der Feststellung begnügen, daß daran nichts zu ändern sei. Der Staat muß hier eingreifen, weil das Volk nicht verhungern kann. Deutschland kann aber auch nicht warten, bis durch die Lösung der großen weltpolitischen Fragen die Weltwirtschaft wieder gesundet und das Vertrauen in der Finanzwelt wieder hergestellt wird. ...

In Plänen zur Arbeitsbeschaffung mangelt es nicht. In Deutschland wurde in den letzten drei Jahren vielfach so funktlos von den öffentlichen Auftraggebern 'gepart', daß

das Getriebe der Volkswirtschaft durch solche falsche Sparmaßnahmen in einer geradezu gefährlichen Weise zum Verfall gekommen ist. Die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei, der Reichswirtschaftsrat und das Reichsarbeitsministerium selbst haben sorgfältig durchdachte und wohlgeprüfte Pläne vorgelegt, die eine energische Reichsregierung sofort zur Durchführung bringen kann. ...

Der Reichskanzler und die Reichsregierung stehen heute, wenn im Reichstag der Kongress der Gewerkschaften zusammentritt, vor einer Situation, die sie nur mit Eifer und Entschlossenheit zu erfassen haben, um sie zum Wohle Deutschlands meistern zu können. ...

Legalität mit Bomben.

Nazi-Anschlag auf Scheidemann-Versammlung in Württemberg.

Ludwigsburg, 12. April.

Die von der sozialdemokratischen Kreisgruppe Ludwigsburg im Bahnhotel veranstaltete Wahlversammlung, in der Reichstagsabgeordneter Scheidemann sowie Landtagsabgeordneter Reil sprachen, war schon vor Beginn der Versammlung Gegenstand heftiger Gegenkundgebungen einiger hundert im Saale anwesender Nationalsozialisten. ...

Frau mußte in bewusstlosem Zustande aus dem Saal getragen werden. Die Nachforschungen nach dem Täter wurden von den anwesenden Polizeibeamten sofort aufgenommen.

Justiz von Hannover. Severing führt begründete Beschwerde.

Der preussische Minister des Innern teilt durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst mit: 'Nachdem die in dem Rechtsstreit des Verlags des 'Niederländischen Beobachters' in Hannover gegen den dortigen Oberpräsidenten ergangene einstweilige Verfügung durch Urteil des Landgerichts in Hannover vom 9. April d. J. bestätigt worden ist, hat der Preussische Minister des Innern gegen dieses Urteil beim Oberlandesgericht in Celle Berufung eingelegt. ...'



# Stimme der Wahrheit.

Bauernkammer zerpfückt Agitationslügen.

München, 12. April. (Eigenbericht.)

Die gewissenlosen Volksverhetzer vom Halenkreuz predigen den Bauern auf dem Lande, daß es der Landwirtschaft nach nie so schlecht ergangen sei wie „unter dem gegenwärtigen System“. Als gerissene Demagogen spekulieren sie auf die Unkenntnis und Vergeßlichkeit der Menschen.

Im Anbetracht dessen ist es bemerkenswert, was ein Leber von der Bayerischen Landesbauernkammer, einer gewiß unerschütterlichen Stelle, veröffentlichter Bericht über die Lage der bayerischen Landwirtschaft zu sagen hat. Nach diesem Bericht wurden im vorigen Jahre in Bayern 971 bäuerliche Anwesen zwangsversteigert, eine erschreckend hohe Zahl. Aber das ist alles schon einmal in viel schlimmerem Ausmaß dagewesen. Im Jahre 1880 — so stellt der Bericht fest — gestiegen unter gänzlich anderen politischen Verhältnissen in Bayern 3739 Anwesen unter den Hammer.

Auch in anderer Hinsicht ist der Bericht der Bayerischen Landesbauernkammer recht interessant, da er für den Berichtsmonat März fast in allen Zweigen der Landwirtschaft eine Besserung feststellt, von der man vernünftigerweise nicht zu glauben braucht, daß sie ausschließlich nur auf Bayern begrenzt ist. So wird festgestellt, daß auf den Viehmärkten der Preisabsturz ganz eindeutig zum Stillstand gekommen ist, daß auf den Kälbermärkten die Preissteigerung im März eindeutig nach aufwärts ging, daß die Getreidemärkte bei befriedigenden Preisen durchweg stabil lagen, und daß auf den landwirtschaftlichen Arbeitsmärkten eine stärkere Nachfrage vornehmlich nach jüngeren Arbeitskräften herrscht, was nicht ausschließlich nur auf die Frühjahrseinstellung zurückzuführen sei.

# Die Abstimmung im Landtag.

Nur drei fehlen im Regierungslager.

Die Abstimmung über den Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung des Preussischen Landtags hat nach den amtlichen Feststellungen folgendes Ergebnis gehabt:

Es sind 227 Ja-Karten abgegeben worden, und zwar von den Regierungsparteien und von dem früheren kommunistischen Abg. König-Berlin, der jetzt bei seiner Partei ist. Nein-Karten gaben die Abg. Frau Dr. Frankenthal (Soz. Arbeiterpartei) und der Abg. Gebhardt (Komm. Opp.) ab. Als eine ungültige Stimme wird die Abstimmung des Abg. Langer-Oberhausen (DVP.) gezählt, der versehentlich gleichzeitig eine Nein- und eine Ja-Karte abgegeben hat. Der Abg. Raacke (Zit.) hat sich der Stimme enthalten.

Es fehlten beim Zentrum die Abg. Dr. Vinneborn und von Papen und bei der Deutschen Staatspartei der frühere Finanzminister Dr. Häpker-Maschhoff.

# Das „geordnete“ Ideal.

Hitler-Schwab und — Wirklichkeit.

Im Mittelpunkt der Schablonenrede Hitlers zur Präsidentenwahl stand das schon mehrfach zitierte Satz:

„Im November 1918 haben die heutigen Machthaber ein geordnetes großes Reich übernommen.“

Die Verhältnisse in Deutschland mußten danach bis zum Zusammenbruch im November 1918 geradezu paradiesisch gewesen sein. Die Wirklichkeit sah aber ...? Ein neues Beispiel statt vieler:

Vor dem Kriege gab es keine Unterstützungen als öffentliches Recht. Wer in Not geriet und die Armenpflege in Anspruch nehmen mußte, der verlor seine politischen Rechte, wurde also zum Staatsbürger zweiter Klasse degradiert. Es gab auch keine staatliche Arbeitslosenunterstützung. Nur die Gewerkschaften leisteten ihren Mitgliedern bei Erwerbslosigkeit Hilfe, und einige Gemeinden hatten ein sehr beschränktes Unterstützungs- oder Versicherungssystem eingeführt.

Beim Ausbruch des Weltkrieges ging die Zahl der erwerbslosen Arbeiter und Angestellten rapide in die Höhe, auch zahllose Gewerbetreibende gerieten in die größte Not. Es mußte für diese Opfer des Krieges etwas geschehen, wenn nicht die patriotische Hochstimmung ebenso schnell wieder verschwinden sollte, wie sie gekommen war. Auch die Stadt Berlin, aus deren Verwaltung damals die wertvollste Vermögensverwaltung des Dreiklassenwahlrechts nur geringen Einfluß hatte, setzte Unterstützungen fest. Und die sah sie so aus:

Angestellte und Arbeiter sowie kleinere Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe, die außerstande waren, sich und ihre Familien zu ernähren, konnten eine Unterstützung erhalten. Sie betrug „für Personen, welche den Unterhalt von Kindern bestreiten, fünf Mark, für die übrigen vier Mark wöchentlich. Man mußte aber seit dem 1. Juli 1914 in Berlin wohnen und 14 Tage lang ohne Beschäftigung sein, bevor man in den Genuß dieser Unterstützung kommen konnte. Ausgeschlossen von der Unterstützung war jeder, der irgendeine andere Unterstützung, eine Rente oder eine Pension bezog. Unverheiratete Personen erhielten Speisekarten, die auf die Unterstützung angerechnet wurden.“

Geradezu furchtbar war die Besoldung der zum Militär eingezogenen Staatsbürger. Die „Gemeinen“ erhielten, wenn sie unverheiratet waren, 9,90 Mark, die Verheirateten 11,40 Mark im Monat, solange sie noch nicht im Felde waren. Sie hatten zwar freies Quartier und freie Verpflegung, aber für ihre sonstigen Bedürfnisse standen ihnen im ganzen pro Tag nur 30 bis 40 Pf. zur Verfügung. Die Besoldung der Offiziere war selbstverständlich um ein Vielfaches höher als die der „Gemeinen“, und wenn sie in öffentlichen Diensten standen, so ließen ihre Bezüge während der ganzen Kriegszeit weiter.

Bei alledem darf man nicht vergessen, daß die Kaukraft dieser geringen Unterstützungen sehr niedrig war. Denn mit dem Ausbruch des Krieges begannen die Lebensmittelpreise wahnsinnig in die Höhe zu klettern und auch die Festsetzung von Höchstpreisen vermochte das Anschwellen der Teuerung nicht zu verhindern.

Mit dem, was das „geordnete große Reich“ für seine Hilfsbedürftigen leistete, vergleiche man die Unterstützungen und Renten, die die verarmte Republik gewährt. Sie sind gewiß noch sehr verbesserungsbedürftig; aber glaubt ein normal denkender Mensch, daß die Arbeitslosen und die kleinen Gewerbetreibenden selbst nur die vier oder fünf Mark wöchentliche Unterstützung des „geordneten“ Kaiserreichs erhalten werden, wenn erst einmal Hitlers „Drittes Reich“ über uns kommen sollte?

Der kommunistische Antrag auf Sicherung der Wohlzeit der Kommunisten, der die letzte Sitzung des Landtags beschäftigte, wurde ohne Debatte gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

# Die revolutionäre Ungeduld.

Die kommunistische „Welt am Abend“ geficht, daß ein Teil der Kommunisten aus „revolutionärer Ungeduld“ für Dillier gestimmt habe.



„Leute, haltet's mich fest, sonst ... .. fall ich ihm schon jetzt um den Hals.“

# Herriot antwortet Lardieu.

Er weicht Léon Blum aus.

Paris, 12. April. (Eigenbericht.)

Der französische Wahlkampf ist jetzt im vollen Gange. Die zwei wichtigsten Rundgebungen waren bisher die große Programmede Lardieus in Paris und die Antwort des Sozialistenführers Léon Blum am Sonntag in seinem Wahlkreis Nordonne. Blum hatte in seinen Ausführungen auf die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Radikalen im künftigen Parlament hingewiesen, indem man eine Einkommensmehrheit für wahrscheinlich hält. Er hatte dabei zum erstenmal von der Möglichkeit nicht nur einer bloßen Unterstützung von außen, sondern sogar einer Koalitionspolitik innerhalb der künftigen Regierung gesprochen, vorausgesetzt, daß man sich über drei Hauptpunkte einigte:

1. Sofortige und wesentliche Herabsetzung der Militärausgaben.
2. Einrichtung einer staatlichen Versicherung gegen alle Gefahren wie Arbeitslosigkeit, Unwetter und dergleichen.
3. Verstaatlichung der Privatversicherung und der Eisenbahngesellschaften.

Heute abend hat nun der Führer der Radikalen, Herriot, in Lyon auf beide Reden geantwortet, in der Hauptsache jedoch auf Lardieu. Er wies einleitend die Beschuldigung des Ministerpräsidenten zurück, daß die Radikalen im Jahre 1928 das von Poincaré gebildete Kabinett der nationalen Einigkeit durch ihren Ausritt gesprengt hätten. Dieses Kabinett habe nach dem Ausbruch Poincarés nur eine begrenzte Aufgabe gehabt, nämlich die Stabilisierung der Finanzen und der Währung. In dieser Aufgabe hätten die Radikalen ohne Hintergedanken und ohne Vorbehalt mitgearbeitet und den mit den Rechtsparteien abgeschlossenen Pakt strikt eingehalten, abgesehen die Einigkeit durch die geschäftliche Haltung der Rechtsparteien sehr schwierig gemacht worden sei. Mangels einer nationalen Einigkeit wäre es aber, so meinte Herriot, möglich gewesen, alle Republikaner zu einigen. Alle in dieser Richtung unternommenen Versuche seien aber an der Solidarität der Rechten und des Zentrums gescheitert. Frankreich habe also vier Jahre lang unter einem Kartell der Rechten gelebt.

Herriot ging dann näher ein auf die Außenpolitik, die Innenpolitik und die Finanzpolitik der Rechtsregierung ein. Auf außenpolitischem Gebiete, sagt er, trage die

## Rechtliche Mehrheit die volle Verantwortung

für alle Handlungen. Wenn Lardieu erklärt habe, daß 1928 alles angefangen, aber nicht beendet worden sei, so müsse man darauf erwidern, daß jetzt nach Ablauf der Legislaturperiode die Lage noch schlimmer sei und daß man

noch mehr als 1928 von jenem stabilen Frieden entfernt sei, den alle Franzosen wünschen. (Beifall.)

Von einer Liquidation des Reparationsproblems sei aber keine Rede. Es genüge, auf die bevorstehende Lausanner Konferenz hinzuweisen, die vielleicht die gefährlichste sein werde, die Frankreich je erlebt habe. Frankreich sei also in bezug auf die Schulden gemäßigter und weniger von Besessenen der Vereinigten Staaten ausgeliefert.

## Was Deutschland anbetrifft,

habe Frankreich für die frühere Räumung des Rheinlandes, für die Herabsetzung der Reparationszahlungen und die Abschaffung der Kontrollmaßnahmen des Dawes-Planes nur mittelmäßigen Dank geerntet. Wenn die Radikalen auch die Beschlüsse der Regierungen in diesen Punkten billigen, so müßten sie sich doch mit Beforgnis fragen, was die Zukunft bringen werde. Alle Probleme seien wieder von neuem aufgeworfen, nichts sei geregelt. Dazu sei Frankreich heute so gut wie ganz in der Welt isoliert. Es befindet sich in der schwierigsten Lage, daß es nur auf die Länder zählen könne, die es genötigt sei, zu unterstützen. Frankreich brauche eine exakte, geduldige und weniger von Besessenen überlegte Handlungen besorgte Außenpolitik.

Nachdem Herriot dann noch die Innen- und die Finanzpolitik der Rechtsregierung kritisiert hatte, kam er in dem Schlußteil seiner Rede auf die Haltung der Radikalen vor und nach den Wahlen zu sprechen.

Die erwartete Antwort auf die von Léon Blum in seiner letzten Wahlrede gestellten Bedingungen für ein Zusammengehen zwischen den Radikalen und den Sozialisten nach einem Siege der Linksparteien blieb aber aus. Herriot begnügte sich mit der etwas vagen Erklärung, daß die Unabhängigkeit der Radikalen Partei durch Aufforderungen von keiner Seite eingeschränkt werden könne und daß die Republik eine starke

Regierung brauche, die auf alle wahren Demokraten und Friedensfreunde gestützt ist. Er schloß mit den Worten: „Ich wende mich an alle diejenigen, für die die Republik nicht nur eine Form ist, sondern eine Wirklichkeit, ein Regime der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit, an alle diejenigen, die dem Kartell der Rechten ein Ende machen wollen. Ich begrüße den Sieg der Linksparteien, der uns erlauben wird, in der nächsten Kammer eine solide Mehrheit der wahren Republikaner zu bilden.“

Aus diesen Erklärungen kann man wenigstens schließen, daß die Radikalen nicht von vornherein gegen jede Zusammenarbeit mit den Sozialisten sein werden.

# Das Giftgas der Heimwehr.

Der Fabrikant verhaftet.

Die zeitlich unbegrenzte Vertagung der Verhandlung wegen der Waffenbeschlagnahme im Arbeiterheim Wien XVI (Döbling) ist erfolgt, um auf Antrag des Verteidigers Abg. Dr. Eisler festzustellen, wieweit Anzeigen wegen der Heimweherschützungen bei den Behörden eingegangen sind, ohne daß irgendetwas darauf geschahen ist. Die Verteidigung führt nämlich ins Feld, daß die sozialdemokratische Arbeiterkraft durch die Heimweherschützungen bedroht ist und daher berechtigt sein müsse, ihre Verteidigung vorzubereiten. Der Grazer Universitätsprofessor a. D. Dr. Köstler, aus dessen Heimwehrarsenal Dr. Eisler Handgranaten und Chemikalien zur Giftgasherstellung auf den Richterisch gestellt hat, ist nun verhaftet, seine Werkstatt verstaatlicht worden, da das Wiener Gericht die Grazer Staatsanwaltschaft auf diesen — ihr längst bekannt — Köstler-Betrieb aufmerksam gemacht hat.

Diese Prozeßvertagung bringt die Antimarkisten um einen vermeintlichen Wahlsieger für den 24. April.

# Der Ober von Saarbrücken.

Mit vier Joschisten gegen das ganze Stadtparlament.

Saarbrücken, 12. April. (Eigenbericht.)

Die Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken hat dem Oberbürgermeister Dr. Reites mit mehr als drei Vierteln aller Stimmen auf Antrag der Sozialdemokratie und des Zentrums ihr schärfstes Mißtrauen ausgesprochen. Die Ursache liegt in der Nichtachtung des Oberbürgermeisters gegen die Stadtrechtsprechung und den von ihm provozierten scharfen Gegensatz zwischen ihm und der Bürgerschaft, gegen die Brüskierung und Provokation der Parteien und gegen die Verletzung der Kommunaldemokratie. In seiner Entgegnung griff Dr. Reites die Haltung sozialdemokratischer Oberbürgermeister, so Reinert-Hannover, Scheidemann-Rassel und Heimerich-Rannheim geschäftig an, wurde aber von der großen Mehrheit der Versammlung zurechtgestraft. Zu Herrn Reites stand schließlich nur noch der einzige Regi-Stadtsverordnete und in halber Mitgliedschaft die drei Deutschnationalen. Der außerordentlich unsachliche Kampf, den Dr. Reites auch in dieser Sitzung wieder gegen die Stadtparlieren führte, hat abermals bewiesen, daß er nicht geeignet ist, auf diesen wichtigen Grenzlandposten zu stehen.

# Neuer Konflikt China-Japan.

Japanisches Konsulat besetzt.

Schanghai, 12. April. (Ag. Intern. Pres. Union.)

In Hendjau ist das Gebäude des japanischen Konsulats von chinesischen Soldaten besetzt worden. Das Verlangen nach Räumung des Konsulats ist bisher unberücksichtigt geblieben. Das japanische Außenministerium hat den Konsul in Hankau angewiesen, die chinesischen Behörden um diese Räumung zu ersuchen. Sollte diesem Ersuchen nicht nachgegeben werden, so ist ein Ultimatum zu erwarten, in dem militärische Maßnahmen angedroht werden.

# Tibet und die Mandchurei.

Tschangtschou, 12. April.

Unlich wird gemeldet, daß in Tschangtschou Vertreter von Tibet eingetroffen sind, die von Tschi in feierlicher Audienz empfangen wurden. Die Botschaft in Chardin und Tschangtschou erklären, daß dieser Besuch zu einer Annäherung Tibets und des mandchurischen Staates führen soll.

Tibet gehörte früher nominell zu China, steht aber heute mehr unter englischer Aufsicht.

# Laufsprecher-Propaganda.

Ein Rundverbot des preussischen Ministers des Innern.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, weist der preussische Minister des Innern in einem Rundverbot an sämtliche Polizeibehörden darauf hin, daß im Interesse einer einheitlichen Handhabung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen gegenüber der im Wahlkampf im steigenden Maße angewandten Propaganda mit Laufsprecherwagen die Vorführung nichtgewerblicher Musik- oder Sprechdarbietungen allgemein durch das Gesetz weder verboten noch genehmigungspflichtig gehalten ist. Diese Darbietungen stehen innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze unter dem Verfassungsschutz des Artikels 13 Abs. 1 der Reichsverfassung.

In dem Erlaß weist der preussische Minister des Innern darauf hin, daß folgende allgemeine gesetzliche Vorschriften im Einzelfalle zur Anwendung kommen:

1. Vorschriften in den örtlichen Straßen- oder Verkehrs-Polizeiverordnungen, durch die das Fahren mit Laufsprecher- oder anderen Reklamewagen auf öffentlichen Straßen aus verkehrsrechtlichen Gründen verboten oder genehmigungspflichtig gemacht ist. Wo eine solche Genehmigungspflicht eingeführt ist, liegt die Entscheidung über den Antrag über Erteilung der Genehmigung bei der für die Durchführung der Verordnung zuständigen Polizeibehörde.
  2. Zur Anwendung können ferner kommen die Vorschriften des öffentlichen Versammlungsrechts, wenn sich bei Anwesenheit der Laufsprecherwagen über die üblichen Zuhörer hinaus Menschenansammlungen bilden, die ihrer Art und Natur nach als Versammlung anzusehen sind. Ist die Menschenansammlung um einen Laufsprecherwagen als Versammlung zu betrachten, so finden die Vorschriften der Verordnung vom 31. Oktober 1931 über das Verbot von Versammlungen oder Umzügen unter freiem Himmel Anwendung.
  3. Die Vorschriften des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Befämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 können im Einzelfalle zur Anwendung kommen, wenn es sich bei dem Laufsprecherwagen um einen Volkstraitwagen handelt, auf dem eine Laufsprecheranlage aufmontiert und der außerdem mit Sprech- und Bedienungspersonal mit mehreren Personen besetzt ist, oder wenn der Laufsprecherwagen vom Volkstraitwagen mit mehreren Autos begleitet wird.
- Wenn Anträge auf Genehmigung von Laufsprecherwagen-Propaganda gestellt werden, so ist zunächst zu prüfen — so heißt es in dem Erlaß weiter —, ob die bestehenden Bestimmungen die Erteilung einer Genehmigung oder die Vornahme einer sonstigen Amtshandlung überhaupt erforderlich machen. Falls das der Antragsteller an die zuständige Polizeibehörde zu verweisen. Gesetzlich nicht notwendige Amtshandlungen (Genehmigungen, Bescheinigungen usw.) sind zu unterlassen.

## Zweckswindel aufgedeckt.

Amtliche Richtigstellung einer Sensationsmeldung.

In einem Artikel „Parteiwirtschaft“ erhob die „Berliner Börsen-Zeitung“ in ihrer Nummer 164 eine Reihe schwerer Vorwürfe gegen den Landwirtschaftsminister Borggreve und die Preussische Forstverwaltung. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident auf Grund der Zweiten Rotverordnung der „Berliner Börsen-Zeitung“ folgende amtliche Entgegnung zur Veröffentlichung aufgelegt:

1. Es ist unrichtig, daß Landwirtschaftsminister Borggreve auf besonders hohe Empfehlungen in das Preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten einderufen wurde. Richtig ist, daß er bereits vor Kriegsbeginn durch den damaligen Oberlandwirtschaftsminister von Freier für die Einberufung vorgesehene war. Da Borggreve vom August 1914 bis Weihnachten 1918 als Kriegsleitschiff im Felde hand, konnte seine Einberufung erst nach seiner Rückkehr aus dem Felde erfolgen.
2. Unrichtig ist, daß Landwirtschaftsminister Borggreve mit der Beförderung seines Bruders, der nach Kochen in das besetzte Gebiet berufen wurde, etwas zu tun gehabt hat.
3. Zu den Ausführungen über den Einschlag und Abtransport des Eulentrauholzes im Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O. in den Jahren 1924 bis 1926 wird folgendes richtiggestellt: Der Einschlag und Abtransport der Eulentrauhölzer erforderte besondere Maßnahmen, da die Staatsforstverwaltung mit der ihr zur Verfügung stehenden Organisation diese ungeheuren Holzmassen in der gebotenen kurzen Zeit zu demolieren, nicht in der Lage war. Es wurde daher ein Teil des Einschlags einem Unternehmer — nicht etwa einem Holzhändler — übertragen, wodurch die Holz- aufarbeitung schnell und reibungslos durchgeführt werden konnte. Der Abtransport des Holzes konnte den Käufern nicht überlassen bleiben. Die Straßen hätten den Massentransport nicht ausgehalten. Kalkulationen ergaben, daß die Anlage von Bohrlinien erforderlich war. Die Reichsbahnverwaltung lehnte die Anlage ab. Die Anlage wurde daher einer Gesellschaft übertragen. An die Gesellschaft wurde später ein Betriebskostenzuschuß gezahlt, um ihr die Durchführung der Abfuhr zu ermöglichen. Dieser Zuschuß betrug nur einen geringen Bruchteil der Aufwendung, die erforderlich gewesen wäre, wenn der Fiskus den Betrieb in eigene Regie übernommen hätte. Ein Verlust ist für den Fiskus nicht entstanden. Der Hauptzuschuß des Preussischen Landtags hat im Sommer 1925 eine Beteiligung der Eulentrauhölzgebiete vorgenommen und die Maßnahmen der Regierung gebilligt.

# Erobert Preußen!

Unsere nächsten Veranstaltungen:

## Mittwoch, den 13. April:

- 106. Abt. — Johannisthal.** 19½ Uhr in der „Autoklause“, Friedrichstr. 6, öffentliche Kundgebung.
- 151. Abt. — Niederschönhausen.** 19½ Uhr im Schloß Schönhausen, öffentliche Versammlung
- Bergmann Seestraße.** 16 Uhr im Schröder-Haus, Liebenwalder Straße 36. Referat: Genosse Hermes. Betriebsfremde haben keinen Zutritt.
- Spinnstoff-Fabrik Zehlendorf, Zeiß-Ikon Filmwerk, Sendlinger Optische Werke, Gustav Lohse, Goedicks, Bitumus, Teltower Kunststein-Werke, Deutsche Asbest-Werke, Bio-Malz-Patermann.** 16½ Uhr im „Weißen Schwan“, Teltow, Ruhlsdorfer Platz, „Die Gewerkschaften im Abwehrkampf gegen den Faschismus“.
- Lufthansa, Dapag, Spandauer Afü-Arbeiter.** 16½ Uhr im Lokal Richter, Staaken, Spandauer Straße 112.
- Oranstein & Koppel.** 16½ Uhr im Lokal „Alpenfranz“, „Eisener- Front-Kundgebung“. Referent: Emil Barth.
- Referenten: Luise Köhler, MdL, David Stetter, Hermann Harnisch, MdL, Karl Weiner, MdL, Georg Klausner, MdL.

## Donnerstag, den 14. April:

- 1. Kreis — Mitte.** 19½ Uhr im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Straße 40-41, „Eisener- Front-Veranstaltung“.
- 5. Kreis — Wedding.** 19½ Uhr in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 142, öffentliche Kundgebung.
- 7. Kreis — Charlottenburg.** 19½ Uhr, öffentliche Versammlung in der: Nürnberger Str. 63.
- 17. Kreis — Lichtenberg.** 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung in der Schulaula Lichtenberg, Schlicht-Allee.
- 159a. Abt. — Tegel, Fraie Scholle.** 20 Uhr, Frauenwerbeveranstaltung im Schollenkrug, Hermsdorfer Straße. Mitwirkung der „Roten Rebellen“. Referent: Frieda Licht vom ZdA.
- Jungwähler-Kundgebung für die Bezirke Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee.** 19½ Uhr im Gartensaal des Saalbaues Friedrichshain, Am Friedrichshain, „Die Jugend im Preußenkampf“. Redner: Dr. Ernst Fraenkel.
- Kaufhäuser des Zentrums.** Kundgebung der Angestellten und Arbeiter. 19½ Uhr in den Arminsälen, Kommandantenstraße 58-59, Politisches Kabarett „Die Roten Funken“. Referent: Siegfried Aufhäuser, MdR.
- Aktiengesellschaft für medizinische Produkte, Sauerstoff-Fabrik Tegeler Straße, Schering-Kahlbaum, Gummiwarenfabrik Schwarz, Batterie- und Elemente-Fabrik Schmidt, Standard Lack-Werke, Berliner Tapeten-Fabrik: „Eisener- Front-Veranstaltung“.** 16½ Uhr im Gesellschaftshaus Triftstr. 63, „Die Gewerkschaften im Abwehrkampf gegen den Faschismus“.
- Staatl. Porzellan-Manufaktur, Vereinigte chem. Werke Charlottenburg, Kali-Chem.-Werke Charlottenburg, Clangor: „Eisener- Front-Veranstaltung“.** 16½ Uhr im Tiergartenhof, Berlin. Straße am Bahnhof Tiergarten, „Die Gewerkschaften im Abwehrkampf gegen den Faschismus“.
- Schwartzkopf.** „Eisener- Front-Veranstaltung“, 16 Uhr bei Leuschner, Ackerstr. 110
- Bezirksamt Wedding.** 16 Uhr in den Pharusälen, Müllerstr. 142.
- BVG.** 19½ Uhr, Eisener- Front-Veranstaltung, im großen Saal der Kammerstraße, Teltower Str. 1-4.
- Autofab.** 16½ Uhr im Lokal „Zum alten Kammergericht“, Lindenstraße 11-12. Betriebskundgebung. Referent: Emil Barth.
- Afü-Arbeiter vom Prenzlauer Berg.** 19½ Uhr im Altersheim, Danziger Straße 62, „Eisener- Front-Kundgebung“. Referent: Max Heydemann.
- Referenten: Robert Breuer, Hermann Harnisch, MdL, Dr. Richard Lohmann, MdL, Siegfried Aufhäuser, MdR., Karl Hanebuth, Max Fechner, MdL, Otto Ortmann, Franz Künstler, MdR., Dr. Richard Mischler, Albert Grzesinski, MdL.

## Freitag, den 15. April:

- 2. Kreis — Tiergarten.** 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung im Moebiter Gesellschaftshaus, Wicelofstr. 24.
- 5. Kreis — Wedding.** Zwei Kundgebungen im kleinen und großen Saal der Atlantikstraße, Behmstraße am Bahnhof Gesundbrunnen.
- Steglitz.** 19½ Uhr im Gymnasium Steglitz, Heesestraße.
- 14. Kreis — Neukölln.** 19½ Uhr im großen Saal der „Neuen Welt“
- Baumeschulenweg.** „Eisener- Front-Veranstaltung“, 19½ Uhr im Lyzeum Baumeschulenstraße.
- 109. Abt. — Friedrichshagen.** Öffentliche Kundgebung im großen Saal des „Gesellschaftshauses“, Friedrichstraße 137.
- 111. Abt. — Bohnsdorf.** 20 Uhr bei Madry, „Vier Jahreszeiten“, öffentliche Kundgebung.
- Jungwähler-Kundgebung für die Bezirke Wedding, Reinickendorf.** 19½ Uhr in der Hochschulbräuererei See-Ecke Amrumer Straße, „Die Jugend im Preußenkampf“. Referent: Erich Schmidt.
- Heilstätte Herzberge.** 20 Uhr bei Otto, Herzbergstr. 78.
- Gaswerk Lichtenberg, Kraftwerk Klingenberg.** 16 Uhr im „Flußbad Lichtenberg“.
- Versorgungsbehörden.** 19½ Uhr in den Germania-Sälen, kleiner Saal, Chausseest. 110.

Fuhrhöfe 1 bis 4, Hauptwerkstatt und Stadtfuhrpark. 19 Uhr im Lokal Stock, Warschauer Platz, Bogen 12. Referent: Emil Barth.

**Siemons-Plania-Werke in Lichtenberg.** 16½ Uhr, Hammer- schaftsversammlung im Lokal Schünemann, Möllendorfs- straße 54-55. Referent: Max Heydemann.

**Städtische Arbeiter Bezirksamt Wilmersdorf.** 20 Uhr bei Kulka, Lauenburger Straße 21, Ecke Uhlandstraße. „Eisener- Front- Veranstaltung“. Referent: Max Fechner, MdL.

Referenten: Otto Meier, MdL, Marie Kunert, MdR., Erich Raddatz, MdL, Jockel Meier, Karl Wermuth, Kurt Löwenstein, MdR., Johannes Stelling, MdR., Ernst Brandenburg-Magde- burg, MdL, Ernst Hildebrandt, Max Brinitzer, Georg Mader- holz, MdL, Paul Miellitz.

## Sonntag, den 16. April:

- 7. Kreis — Charlottenburg.** 23½ Uhr, Nachtvorstellung im „Tauentzienpalast“, Tauentzien- Ecke Nürnberger Str. Vor- führung der Filme „Kameradschaft“ und „Kieckabusch erobert Preußen“. Ansprache.
- 8. Kreis — Spandau.** 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung in Cladow, Cladower Hof (Roske).
- 85. und 86. Abt. — Tempelhof-Mariendorf.** 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung im „Birkenwäldchen“, Tempelhof.
- 108a. Abt. — Cöpenick.** 20 Uhr, öffentliche Kundgebung im Lokal Pirschel in Cöpenick-Nord.
- 113. Abt. — Schmöckwitz.** 19½ Uhr im Lokal „Zur Palme“, öffentliche Kundgebung.
- 151. Abt. Bezirk Kleingärten Berlin (Blankenfelde-Rosenthal- Nordend).** 20 Uhr, öffentliche Kundgebung in der „Sport- klause“, Referent: Genosse Reinhold.
- Jungwählerkundgebung für die Bezirke Kreuzberg, Charlottenburg, Spandau, Wilmersdorf, Zehlendorf, Schöneberg, Steglitz.** 19½ Uhr im „Piccadilly“, Schöneberg, Ebersstr. 80. „Die Jugend im Preußenkampf“. Redner: Ludwig Diederich. Es wirken mit „Rote Rebellen“, Gymnastikgruppe der Ar- beiter-sportler Schöneberg.
- Referenten: Georg Maderholz, MdL, Erich Raddatz, MdL, Karl Hetzschold, Kurt Löwenstein, MdR., Dr. Richard Mischler.

## Sonntag, den 17. April:

- 8. Kreis — Spandau.** 16 Uhr, öffentliche Kundgebung in Gatow bei Walter Krause.
- 107. Abt. — Alt-Glienicke-Falkenberg.** 15 Uhr, Kundgebung der „Eisernen Front“ im Deutschen Haus, Alt-Glienicke, Grünerer Straße.
- 152. Abt. — Blankenburg.** 18½ Uhr, öffentliche Versammlung bei Klug, Dorfstraße.
- Referenten: Georg Maderholz, MdL, Max Heydemann, Karl Litke, MdR.

## Männer u. Frauen! Erscheint in Massen!

### Aus der Partei.

Der Parteitag der letzten Sozialdemokratie hatte 266 Dele- gierte. Die Partei zählte am Jahreschluss 234 Sektionen (im Vor- jahre 210) mit 11.685 Mitgliedern (10.655). Der Verband der Jungen, die „Jugend Junatze“, hat 62 Sektionen mit 2012 Mitgliedern, gegen das Vorjahr eine Steigerung um 21 Sektionen und 508 Mitglieder. 33 (22) Proz. der Parteimitgliedschaft sind Frauen. Die Partei besitzt 13 Zeitungen und Zeitschriften. Zur Posi- tion der Partei vertrat der Parteivorstand folgende Resolutions- punkte, daß jezt von einer Beteiligung an der Regierung keine Rede sein könne, was aber der Korreferent Zeekens bestritt. Der Parteitag erklärte schließlich, daß im Kampf für die Gegenwartsforderun- gen der Arbeiterklasse und des arbeitenden Volkes die Partei nur in Ausnahmefällen sich an einer Regierung mit sozialistischen Vor- teilen beteiligen könnte, auch nur dann, wenn die Partei in einer solchen Regierung über eine sichere Mehrheit verfügte und wenn die Durchführung ihrer Forderungen durch die Regierungsplattform sichergestellt werde.

Der Bericht über den Wiener Kongress der SDJ. ist jetzt er- schienen. Es ist ein Band von 896 Seiten, der nicht nur die Ver- handlungen des Kongresses wiedergibt, sondern auch eine Darstellung des ganzen Seins und Arbeitens der Sozialistischen Arbeiterinter- nationale bringt und durch J. H. B. Diez Raff, Berlin, zu be- ziehen ist. Preis brochiert 12 Mark, in Halbleinwand 14 Mark.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Schriftf.: G. Alingeläfer; Gewerkschaftsbewegung: D. Beizer; Feuilleton: Dr. Jahn; Schluß- artikel: und Gedicht: Fritz Hartmann; Anzeigen: H. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Bohmarta-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bohmarta-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. 2 Seiten 2 Beilagen.

Heute billige Fische

# WERTHEIM

### Seefische

|                    |           |      |
|--------------------|-----------|------|
| Ostseedorsch       | 3 Pfund   | 0.25 |
| Kabeljau ohne Kopf | Pfund     | 0.12 |
| Rotzungen          | ... Pfund | 0.20 |
| Schellfische       | ... Pfund | 0.28 |
| Grüne Heringe      | 3 Pfd.    | 0.28 |
| Zander gefroren    | ... Pfund | 0.36 |
| Zander frisch      | ... Pfund | 0.45 |

### Fisch-Marinaden

### Frische Bleie 12 Pf.

|              |        |
|--------------|--------|
| Leb. Plötzen | 28 Pf. |
| Leb. Schleie | 45 Pf. |
| Leb. Karpfen | 58 Pf. |
| Leb. Hechte  | 58 Pf. |

### Rollmops, Hering in Gelee, Bismarckheringe, Kroussardinen,

|          |        |          |        |
|----------|--------|----------|--------|
| 1/2 Dose | 38 Pf. | 1/2 Dose | 58 Pf. |
|----------|--------|----------|--------|

### Räucherwaren

|                            |                              |
|----------------------------|------------------------------|
| Bücklinge u. Sprotten      | 0.24                         |
| Fludern u. Seelachs        | 0.32                         |
| Räucherlachs (Stück, Pfd.) | 1.20                         |
| Spickaale                  | ... Pfund von an 1.50        |
| Matjesheringe              | 3 Stück 0.25                 |
| Oelsardinen                | 5 Dosen v. an 0.88           |
| Fetheringe                 | in Gel u. Tomate 2 Dos. 0.73 |

# Berlin und die Arbeitsbeschaffung.

## Täglich 1 Million Mark für Wohlfahrtszwecke.

Im Osten wie im Westen Deutschlands wirt sich die Wirtschaftskrise katastrophal aus, aber auch im Herzen Deutschlands ist es nicht besser. Wenn wir uns Berlin mit seinen 4 1/2 Millionen Einwohnern betrachten, von denen rund 600 000 arbeitslos und jeden Tag auf der Suche nach Arbeit sind, bekommen wir ein erschütterndes Bild von dem Umfang und den Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

Die Berliner Industrie gehört mit zu den bedeutendsten in Deutschland. Denken wir an die Glühlampenindustrie und ihre technische Entwicklung. 1918 stellte ein Arbeiter pro Tag 40 Glühlampen her; heute beaufsichtigt er eine Maschine, die in zwölf Stunden 37 000 Lampen herstellt. Wo sollen da noch auf die Dauer bei 48stündiger Arbeitszeit die Arbeiter bleiben? Dabei ist der Berliner einer der fleißigsten Menschen der deutschen Bevölkerung. Der Ausdruck Tempo! Tempo! ist in Berlin und ganz besonders bei der Arbeiterklasse zum ständigen Begleiter geworden.

In der Nachkriegszeit hat sich trotz des vielen Schimpfens auf Berlin doch alles in die Hauptstadt Deutschlands gelüftet. Die Industrie und der Handel des Westens, ja selbst des Südens Deutschlands haben hier Vertretungen errichtet. Nur wenige Gewerkschaftszentralen haben es bei Errichtung von Vertretungen deklariert. Damit sind auch neue Arbeitskräfte angezogen worden. Nicht nur aus dem Osten Deutschlands, sondern auch aus dem Westen und Süden. Die Bevölkerungszunahme trotz Geburtenrückgangs betrug bis zum Jahre 1930 bis zu 80 000. Erst in den Jahren 1930 und 1931 ist eine kleine rückläufige Bewegung eingetreten. Diese Bevölkerungszunahme hat das Elend noch vergrößert.

### 153 000 Wohnungen fehlen!

Die Wohnungsbedürfnisse konnten nicht befriedigt werden. Die Hälfte der für diese Zwecke eingezogenen Hauszinssteuern floß in den Ausgleichsfonds. Nicht weniger als rund 118 000 Haushaltungen haben keine eigene Wohnung und weitere 40 000 leben in unzureichenden Kellerwohnungen, so daß man mit rund 153 000 fehlenden Wohnungen rechnen muß. Wenn trotzdem viele Wohnungen leer stehen, so ist das ein Zeichen des Niedergangs. Die nach Berlin zuziehenden Arbeiter bevölkern die Gaubergelände. Müßig, die Wirkungen dieser Zustände auf Sitte und Anstand zu schildern. Die außerordentlich stark propagierten Randfledlungen haben nichts an der Wohnungsnot noch an der Arbeitsmarktlage geändert. Auch der moralische Erfolg ist ausgeblieben. Der Wohnungsbau ist aber eine hervorragende Maßnahme zur Bewältigung des Arbeitsmarktes.

Nicht unwichtig zur Beurteilung der Lage ist die Auswirkung der Arbeitslosigkeit. Folgende Glanzahlen wollen beachtet werden: Von etwa 600 000 Berliner Arbeitslosen erhalten 188 000 mit 77 000 Zuschlagsempfängern Arbeitslosenunterstützung und rund 145 500 mit 106 000 Zuschlagsempfängern Krisenunterstützung. Insgesamt gibt es 286 000 Hauptunterstützungsempfänger mit 183 000 Zuschlagsempfängern. Rund 222 000 Erwerbslosen-Wohlfahrtsempfänger mit 185 000 Zuschlagsempfängern sind vorhanden.

### Täglich eine Million für Wohlfahrtszwecke.

Im Jahre 1931 hat die Stadt Berlin 365 Millionen für Wohlfahrtszwecke, also 1 Million pro Tag, ausgegeben. Auch nur drei Viertel dieser Summe für produktive Arbeiten auszugeben wäre eine gute Arbeitsbeschaffung.

Die Finanzlage der Stadt bringt aber auch im laufenden Jahr eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Das beweist folgendes: Man hat Berlin von diesen Seiten große Vorsätze gemacht, daß es auf manchen Gebieten eine zu großzügige Politik getrieben hat; beispielsweise auf dem Gebiet des Verkehrswesens. Sehr mit Unrecht. Wer bis zum Jahre 1920 nach Berlin kam, der konnte auf dem Gebiet des Verkehrswesens etwas erleben. Der Bau der Untergrundbahnen auch in die Wohnviertel der arbeitenden Bevölkerung war bei dem gestiegenen Straßenverkehr eine Notwendigkeit. Die Pläne um die Erweiterung der Untergrundbahn gehen noch weiter. Bei einer Finanzierungsmöglichkeit könnte hier für Arbeitsbeschaffung vieles geschehen.

Wie sieht es mit anderen öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten? Beim Hochbau hat die Stadt im Jahre 1929 noch 33 Millionen etatsmäßig verausgabt. Im Jahre 1931 ist dieser Etatposten auf 12 bzw. 10 Millionen gesenkt worden. Im Tiefbau liegen die Dinge ähnlich. Von 30 Millionen im Jahre 1929 auf 21 Millionen im Jahre 1931, so daß insgesamt nur noch 103 Millionen nur etwa 30 Millionen übrigbleiben.

Wenn das auf Jahre hinaus so weiter gehen sollte, würde mit diesen Summen der Verfall der Bauten nicht aufgehalten werden, geschweige denn neue Arbeiten in Angriff genommen werden können.

### Für 200 Millionen Mark Arbeiten sind da!

Lehnlich liegt es bei den Berliner Städtischen Werken. Schon allein die Gaswerke wären in der Lage, für etwa 10 bis 15 Millionen jährlich neue Arbeiten zu vergeben. Wären noch die etatsmäßigen Mittel von 1929 vorhanden, so könnten allein bei den Kammereibetrieben 100 Millionen für Arbeitsbeschaffung ausgegeben werden. Die städtischen Gesellschaften könnten gleichfalls für 100 Millionen Arbeiten vergeben. Das wären etwa 200 Millionen Mark, die die Lage des Arbeitsmarktes wesentlich beeinflussen würden.

Leider ist es nicht möglich, eine genaue Statistik über Betriebsstillegungen zu erhalten. Aber im letzten halben Jahr sind nicht weniger als 43 Betriebe gänzlich und 167 Betriebe teilweise stillgelegt worden, in denen rund 100 000 Menschen beschäftigt wurden. Am meisten sind hieron die

Betriebe der Metallindustrie betroffen. Gernern wir uns an die Firma Korfig, sowie an die stillgelegten Betriebe Schwarzkopf-Maffei in Wildau, an die Stilllegung der General-Rotors G. m. b. H. und nicht zuletzt auch an die Zusammenlegung der Banken.

Trotzdem die polnischen Wanderarbeiter in der Landwirtschaft ausgeschaltet werden, haben wir große Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft. Die fleißigsten preussischen Ostprovinzen Brandenburg, Pommern, Grenzmark und Ostpreußen leiden unter dem starken Rückfluß der Industriearbeiter; sie sind nicht mehr in der Lage, größere Massen aufzunehmen. Unter diesen Umständen muß die Regierung neben einem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm die Arbeitszeitverkürzung durchführen. Man darf hoffen, daß das Reparationsproblem schnellstens gelöst und die Vertrauenskrise beseitigt wird. Aber wir müssen verlangen, daß die Regierung sich nicht darauf allein verläßt. Die angebotene technische Entwicklung bedingt eine Verkürzung der Arbeitszeit, weil die Industrie nicht mehr in der Lage ist, bei dem heutigen Produktionsapparat und bei 48stündiger bzw. noch längerer Arbeitszeit dem ganzen Volke Arbeit zu geben.

Wenn es in Berlin trotz der großen Bemühungen der Nationalsozialisten und Kommunisten, Unruhe zu stiften, nicht zu Unruhe gekommen ist, dann liegt das an der rühmenswerten gewerkschaftlichen Disziplin der Arbeitslosen. Die Regierung sollte aber auch in der Arbeitslosen-Versicherung und deren Organisation in Berlin den Bogen nicht zu überspannen.

# Gang durch die Not.

## Gegenseitige Hilfe im Kleinen.

„Was machen alle die Menschen hier?“, fragt mich erstaunt mein Begleiter, ein ausländischer Staatsangestellter, als wir das große Haus des Bezirksamts Wedding betreten. Unausdäglich gleiten die Ströme der Kommenden und Gehenden aneinander vorbei. Vor dem Paternosterfahrstuhl stehen sie Schlange. Wer zu wenig Geduld oder zu viel Angst hat, klettert die Treppen hinauf. In den Gängen und Warterräumen ein Gewimmel von Männern und Frauen. Manche haben ihre Kinder mitgebracht, denn zu Hause ist niemand, der auf sie aufpassen könnte. In den Amtszimmern werden Auskünfte eingeholt, Anträge gestellt, Verhandlungen geführt. Zuweilen wird man Zeuge eines zornigen Redestroms. Mit unendlicher Geduld versuchen die Beamten die Erregung zu dämpfen. Alle diese Menschen sind in Not. Früher waren es vereinzelt, heute sind es Massen. Die abgetragene Kleidung zeugt davon, die Gesichter sprechen darüber. Bequäm und gehetzt wird die Sprache.

### Das ewige Einerlei der Wartenden.

Wir besuchen ein anderes Gebäude, in dem die Wohlfahrtsempfänger betreut werden. Es ist eines der vielen Kämmer der gleichen Art, die über die ganze Stadt verstreut sind. Ein großes Industriebauwerk; ein Hof hinter dem andern. Nur aus wenigen der vielen Fabrikale dringt noch der Lärm der Arbeit. Ohne Pause ist auch hier die Not auf ihrer Wanderung nach Hilfe. Wo früher die Rotaren summten, Drehbänke oder Hobelmaschinen das Lied der Arbeit sangen, sind jetzt Büroräume eingerichtet worden. Aus der vorübergehenden Maßnahme ist längst eine Dauereinrichtung geworden. In den Warterräumen sitzen und stehen Tausende von jungen und alten Leuten, Gedrechliche kommen an, Krüppel, trankliche Frauen. Die Wartezeit ist lang, denn der Andrang ist zu groß. An Hunderten von Tischen sitzen Angestellte, neben sich die Leute, die Anträge auf Unterstützung, auf eine Sonderzuweisung stellen oder irgendwelche anderen Angelegenheiten regeln wollen. Bürokratische Schrofheit ist hier nicht am Platze. Die Paragraphen der Gesetze und Verordnungen müssen durch verständnisvolles Eingehen auf den Einzelfall vermenslicht werden. Wer wird einmal das hohe Lied von den „Bonzen“ singen, die in dieser schweren Zeit, bei sehr niedrigem Einkommen, die gemeindliche Wohlfahrt so ausführen, daß sie nicht zur Plage wird?

Von der Masse zu den Einzelnen. Ein Wohnung, bestehend aus einem Zimmer von etwa 3 x 4 Meter. Im Hofe einer Mistofabrik, selbst um die Mittagsstunde noch dunkel und trübe. Mann, Frau und Sohn haufen hier, alle drei ohne Arbeit. Der Vater ist Unfallrentner, er wird wohl niemals mehr eine Beschäftigung finden. Mehr als den vierten Teil der Unterstützung verschlingt die Miete.

Aber bei alledem ist das Schlimmste noch nicht der Mangel an Nahrung, an Kleidung, die Dürftigkeit des Wohnens. Es ist die

Dauer der Arbeitslosigkeit, die am härtesten auf den Arbeitern lastet. Wen man auch spricht, es ist immer der Ruf nach Arbeit, der aus jedem Wort fließt. Die Unterstützung und die Wohlfahrt können niemals die Arbeit ersetzen. Das war auch eine von den Erwägungen, die zur Schaffung von Gemeinschaftstischen der Erwerbslosen führten. Wir besuchten eine dieser Einrichtungen in der Hertrache, nicht weit von der Köstliner Straße, die zu den ärmsten Gegenden der Reichshauptstadt gehört. Es ist nicht allein, daß in diesen Gemeinschaftstischen die Erwerbslosen ihre Unterstützungen zusammenlegen, um durch Einkauf im Großen besondere Vorteile zu erzielen. Das Wesentliche ist der Gedanke der Solidarität, der hier lebendig wirkt: In der gegenseitigen Hilfe und vor allem in der Zusammenarbeit. Es stehen keine großen Kapitalien zur Verfügung und deshalb sind die Räume ziemlich beschränkt. Aber irgendwo konnten darin auch einige kleine Werkstätten untergebracht werden, in denen die Erwerbslosen ihre Kleidung und ihr Hausgerät in Ordnung bringen.

Wenn auch diese Art der Beschäftigung nicht den vollen Erfolg für die berufliche Arbeit bieten kann, so scheint sie uns doch eines der besten Mittel zur Überwindung der durch längere Arbeitslosigkeit hervorgerufenen niederdrückenden Stimmungen zu sein. Die Leiter der Gemeinschaftstischen begnügen sich nicht damit, die selbstlichen Bedürfnisse der Erwerbslosen zu befriedigen. Hier wird ihnen auch geistige Anregung geboten; sie hören Einzelsprechungen und sogar ganze Kurse, finden also Gelegenheit zu weiterer Fortbildung. Leider hat diese neuartige Einrichtung in Berlin noch nicht die allgemeine Förderung gefunden, die sie durchaus verdient. Bewußt soll es Grundfah bleiben, daß die Erwerbslosen diese ihre eigene Angelegenheit selbst regeln. Es darf keine lospfelige Verwaltung geben, bei der Ausrüstung und im Betrieb wird man sich mit dem Notwendigsten behelfen müssen. Bei alledem reichen aber doch die Mittel der Erwerbslosen für die ersten Anschaffungen von Kochtöpfen, von Einrichtungsgegenständen und Werkzeugen nicht aus. Hier muß die wertvolle Hilfe derer einfließen, die noch über ein gesichertes Einkommen verfügen. In die Arbeiterorganisationen wird man in dieser Zeit keine Anforderungen für solche Zwecke mehr stellen können. Aber die Einzelnen, so sehr sie auch bisher schon ihre sozialen Verpflichtungen erfüllt haben mögen, werden doch bedenken müssen, daß ihre Opferbereitschaft an denen nicht vorbeigehen darf, die seit Jahren aus der Arbeit gemorjen sind und die nicht wissen, ob sie jemals wieder zum Rugen des Ganzen werden tätig sein können.

Ein Gang durch die Not beweist immer wieder, wie unendlich schwer unendlich viele Menschen leiden müssen. Aber zugleich zeigt sich, wie doch auch das Elend zu gemeinsamem Handeln führen kann. Aber diese Solidarität wird nur ein Befehlsmittel bleiben können. Es muß endlich Arbeit für die leidenden Millionen geschaffen werden!



# Denken Sie bitte einmal darüber nach!

## Wer bezahlt die Zugaben? Zuerst natürlich der Fabrikant und dann der Raucher! Wer sonst?

Warum hat nun die gute, seit 37 Jahren in der Gunst der Raucher stehende  
**JUNO**,  
die keinerlei Gutscheine, Wertmarken oder Stickerchen bringt, in Raucherkreisen sich trotzdem ihre Beliebtheit erhalten?  
Weil sie volles Format und vollen Tabakwert gibt.





# Allgemeine Flugblattverbreitung am Sonnabend, dem 16. und Sonntag, dem 17. April

von den bekannten Stellen / Alle Genossinnen, Genossen, Arbeitersportler und Arbeiterjugend beteiligen sich

## Er hatte das letzte Wort nicht. Neuaufrollung des Brandstiftungsprozesses Strecker.

Vor dem Reichsgericht fand unter dem Vorsitz von Senatpräsident Witt die Revisionsverhandlung des Prozesses gegen den Schriftsteller Karl Strecker wegen Brandstiftung statt. Strecker hatte bekanntlich im Sommer des vergangenen Jahres seine Villa in Klein-Machnow in Brand gesteckt und war vom Schwurgericht in Potsdam wegen Brandstiftung zur Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Als Revisionsgrund führten die Verteidiger des Angeklagten in der Revisionsverhandlung die Tatsache an, daß Strecker in der Verhandlung vor dem Potsdamer Gericht nach dem Plädoyer seiner Verteidiger ohnmächtig wurde und deshalb nicht das letzte Wort hatte, so daß eine Verlegung des § 257 der Strafprozeßordnung vorliege. Trotz des Widerspruchs des Reichsanwalts Feisenberger hob das Reichsgericht das erstinstanzliche Urteil wegen der Richterfüllung dieser Formalität auf und verwies die Sache zur erneuten und abermaligen Verhandlung an das Schwurgericht in Potsdam zurück.

Infolge des Umstandes, daß die Staatsanwaltschaft Potsdam Strecker unter seiner angegebenen Adresse in Garnisch-Partenkirchen nicht auffinden konnte, mußte die Ladung zur Leipziger Reichsgerichtsverhandlung durch öffentlichen Aushang zugestellt werden. Das hatte weiter die Annahme zur Folge, daß Strecker geflüchtet sei. Er hält sich aber zur Zeit in Auerbach an der Bergstraße auf und seine Adresse ist der Staatsanwaltschaft bekannt.

## Immer neue Devisenaffären.

### Bankkommissionäre und Briefmarkenhändler verhaftet.

Die Zollfahndungsstelle Berlin-Brandenburg beschlagnahmt sich schon wieder mit einer neuen Devisenaffäre, bei der es sich um den unerlaubten Verkauf von ausländischen Effekten in Deutschland in Höhe von 150 000 M. handelt. Die Beteiligten an dieser Affäre, zwei Berliner Bankkommissionäre namens Rax und Hirschberg, wurden Ende voriger Woche von Beamten der Zollfahndungsstelle festgenommen; der Bernehmungsrichter hat jetzt gegen beide Haftbefehle wegen Verdunkelungsgefahr erlassen. In der Wohnung Hirschbergs wurden 22 000 M., außerdem bei verschiedenen Banken weitere 30 000 M. beschlagnahmt. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft I werden dem Bernehmungsrichter noch zwei weitere Bankkommissionäre vorgeführt werden, gegen die ebenfalls der Staatsanwalt Erlaß eines Haftbefehls beantragt hat. Die beiden Bankkommissionäre Rader und Gertner sollen ausländische Effekten im Werte von 400 000 Mark veräußert und sich dadurch gegen die Devisenverordnungen vergangen haben. Gertner soll aber bereits geflüchtet sein.

Die Staatsanwaltschaft I hat gegen den Berliner Briefmarkenhändler Ernst Stück ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Dem Händler, der übrigens auch sein Briefmarkenalbum im Werte von einer Million Mark ins Ausland gebracht haben soll, wird vorgeworfen, ohne Genehmigung der Devisenstelle zwei Wechsel über 87 000 M. und 100 000 Schweizer Franken ins Ausland geschickt zu haben. Ob eine strafbare Handlung des Briefmarkenhändlers vorliegt, wird zur Zeit noch geprüft.

## 68 Proz. Verlust bei Gerson.

### Die Gläubiger möchten die alte Firma am Leben erhalten.

Im Lehrerdereinshaus tagte die erste Gläubigerversammlung der Firma Gerson. Der große Saal war vollkommen gefüllt, es herrschte aber eine sehr ruhige Stimmung und die übergroße Mehrzahl der Gläubiger war dafür, daß die Firma, mit der sie zum Teil jahrzehntelang gearbeitet haben, erhalten wird. Es wurde ein Gläubigerausschuß von 15 Personen gewählt, der versuchen soll, in diesem Sinne zu wirken. Von dem Vertreter der Vertrauensstelle für die deutsche Textilwirtschaft wurde hervorgehoben, daß es sich hier im Gegensatz zu manchen anderen Fällen der neuesten Zeit um einen Konkurs handle, bei dem nichts passiert sei, was das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen habe, und daß die Inhaber der Firma die Opfer einer Entwicklung geworden seien, die sie nicht verschuldet hätten. Ob die Firma weitergeführt werden kann, wird von dem Verhalten der Gläubigerbanken — Berliner Handelsbank, Stadibank und Dresdner Bank — abhängen, an die der Appell gerichtet wurde, so wie ihnen vom Reich geholfen worden ist, nun auch ihrerseits im Interesse der Befriedigung der Wirtschaft die Weiterführung der Firma durch Entgegenkommen zu ermöglichen. Interessant war noch die Feststellung, daß eine Anzahl früherer Angestellter Teile ihres Gehalts bei der Firma haben stehen lassen, und zwar, wie ein Vertreter der Firma erklärte, nicht auf Wunsch der Firma, sondern aus eigenem Antrieb; eine Wertsparteille im eigentlichen Sinne habe nie bestanden. Dem Gläubigerausschuß wurde aber nahegelegt, diese Forderungen für bevorrechtigt zu erklären. Gelingt es nicht, die Firma weiterzuführen, so werden die Gläubiger mit einem Verlust von 68 Proz. zu rechnen haben, d. h. sie werden nur 32 Proz. ihrer Forderungen herausbekommen.

## Nazi gegen SA.

Als gestern abend gegen 22 Uhr eine Gruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend die Turnhalle in der Wickelestraße in Moabit verließ, wurde sie an der Ecke Bremer Straße von einer Nazihorde überfallen. Als die Nazis sahen, daß es sich bei unseren Genossen zum Teil um Jugendliche handelte, denen sie sich körperlich überlegen glaubten, gingen sie zum Angriff vor und bearbeiteten die jungen Menschen mit Koppeln und harten Gegenständen. Als sie aber merkten, daß sich unsere Genossen kräftig zur Wehr setzten, gaben sie schnelle Warnsignale, und sofort stürzte eine weitere Kolonne aus einem Verkehrslokal der Nationalsozialisten in der Bredowstraße. Jetzt meinten die Nazis, als ausgesprochene Lebermacht ihren Heldennut betätigen zu können, sie wurden aber durch Polizei, die der Lärm alarmiert hatte, gehindert. Einige Schreckschüsse genühten, um die Horde auseinanderzuwerfen. Drei der Täter konnten identifiziert werden. Mehrere unserer jungen Genossen erlitten blutende Kopfverletzungen. Erfreulicherweise ist eine ernste Verletzung nicht zu verzeichnen.

## Wiener Professor erschossen.

### Ohrenarzt Dr. Alexander das Opfer eines Attentats.

Aus Wien wird gemeldet: Am Dienstagmittag wurde vor seinem Wohnhaus in der Alsenstraße der weltbekannte Ohrenarzt Prof. Dr. Gustav Alexander von einem Fremden, der auf ihn zutrat, durch drei Revolvergeschüsse ins Herz getötet. Professor Alexander stand im 59. Lebensjahre. Der Täter konnte sofort festgenommen werden. Es soll ein aus Stalpa in der Tschechoslowakei zugereister 51jähriger Schneidergehilfe Soukup sein. Er behauptet in seiner Rede, Professor Alexander habe ihn um sein Brot gebracht. Aus Universitätskreisen erinnert man daran, daß kurz vor dem Krieg bereits ein Attentat auf Professor Alexander unter ganz ähnlichen Umständen verübt worden war und zwar schloß einer seiner Patienten auf ihn.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfachungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Die Wanderausstellung ist am Freitag, dem 13. April, von 17-19 Uhr, im Jugendheim, SW 68, Lindenstr. 2, vorn 1. geöffnet.

Am Freitag, dem 13. April, im Jugendheim, SW 68, Lindenstr. 2, vorn 1. Treppe rechts.

Am Samstag, dem 14. April, im Jugendheim, SW 68, Lindenstr. 2, vorn 1. Treppe rechts.

Am Sonntag, dem 15. April, im Jugendheim, SW 68, Lindenstr. 2, vorn 1. Treppe rechts.

Jugendwählerfragebogen „Die Jugend im Brennpunkt“ morgen, Donnerstag, 19. April, im Vertikal des Sozialistischen Jugendheims, Am Friedrichshain 16-20, Referent: Gräfin Dr. Ernst Franke. (Für die Werbegebiete Prenzlauer Berg und Prenzlau.)

Heute, Mittwoch, 13. April, 19:15 Uhr:

Kolnhauser Vorstadt: Besuch des Jahlabends, Kolnhauser Hof. — Weidling (N.F.): Turnier der Gewerkschaften, Einführungsabend. — Kadowitz (N.F.): Turnier der Gewerkschaften, Einführungsabend. — Kadowitz (N.F.): Turnier der Gewerkschaften, Einführungsabend.

Am 11. April verließ nach einem Krankenlager durch Veranlassung seiner lieben Frau, Schweglerin und Onkel

### Karl Butzin

im 77. Lebensjahre. Im Namen der Hinterbliebenen

Berta Ziesch geb. Butzin, Köpenicker Str. 43.

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 15. April, 11 Uhr im Krematorium Baumfalkenberg, Riechbahnstraße, statt.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

### Todesanzeige

Von Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Aufricht, der Anführer

### Robert Stolzenburg

am 5. April an Krebs gestorben ist.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 14. April, nachmittags 2:15 Uhr, im Krematorium Gertigstraße, statt.

Ehre seinem Andenken!

Kege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

### Danktragung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter und Schwiegermutter

### Martha Kemnitz

sagen wir allen Bekannten sowie den Verwandten und Genossen der 24. Abteilung unfernen herzlichsten Dank

Familie Ott und Herbert Kemnitz.

### Otto Schubert

Neukölln

Bergstraße 153

### Optik/Bandagen

Lieferant sämtlicher Krankenhäuser

### Greif Camembert



die führende Marke

Erhältlich in allen Lebensmittel- und Feinkostgeschäften

Werbegebiet Schöneberg: Filmvorführung am Sonntag, dem 17. April, 11:15 Uhr, in den Alhambra-Lichtspielen, Hauptstr. 29, Programm „Kameradschaft“ (ein Großfilm), Sprecher: Lieber, Erdmann, Eintrich 30 Pl., Kinder 20 Pl. Genossen aller Parteien sind eingeladen.

Werbegebiet Neukölln, Sprecher: Lehmann pünktlich 19:15 Uhr, Gunglstraße.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen

### Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Wilmersdorf (Ortsverein): Kamerad Friedrich Steuer sen. 18. April, 19:15 Uhr, auf dem Wilmersdorfer Waldfriedhof in Stahnsdorf. Alle Dienstfreien Kameraden haben teilzunehmen. — Winterparteiabteilung: Unter Klubabend findet nicht mehr statt, sondern Donnerstags Part. Donnerstag, 14. April, 20 Uhr, Versammlung und Vortrag im Klubheim im Gärten an der Haus.

Deutsche Landmannschaft der Frauen, Gatz-Berlin, e. V. Die nächste Monatsversammlung am April 17. 1934, hält aus Anlass der Annahme der Reichsreform, Berlin-Neukölln, Hermannstr. 21-23, eine Kaffee-Tafel — Kaffee und Gebäck — mit anschließendem Film-, Musik- und Gesangsveranstaltungen und gefälligen Besprechungen.

Bereinigung ehem. Kriegsangehöriger, Berlin-Süd. Donnerstag, 14. April, 20 Uhr, bei G. Bauer, Grünstr. 1.

Reichs-Nationale Schülerhilfe, Arbeitsgemeinschaft Gruppe Berlin-Weß. Donnerstag, 14. April, 17 Uhr, im Jugendheim Spreerstr. 20, spricht Dr. Wilhelm Nowak über das Thema: „Kampf um Frieden“.

Reichs-Arbeiter-Stenographenvereinsgruppe Groß-Berlin, Reichs-Arbeiter-Stenographenvereinsgruppe, Berlin 1: Jugendheim Wilmersdorf, 1 (nahe Bahnhof Friedrichshagen), 150 bis 200 Silben jeden Freitag ab 19:15 Uhr. — Norden II: Gemeindeführer Schulstr. 90, 60 bis 100 Silben jeden Freitag ab 19:15 Uhr. — Nordosten: Gemeindeführer Genselstr. 6, 60 bis 100 Silben jeden Freitag ab 20 Uhr. — Neukölln: Karl-Marx-Schule, Kaiser-Friedrich-Str. 209-210, 50 bis 100 Silben jeden Freitag, 140 bis 200 Silben Redaktionsabend jeden Donnerstag, 100 bis 140 Silben jeden Freitag ab 19:15 Uhr. — Alle Mitglieder beteiligen sich am Wettstreit am Sonntag, dem 17. April, 9 Uhr, in Neukölln, Karl-Marx-Schule. Weitere Auskunft erteilt Otto Weingärtner, Kochstr. 10, in der Markt, Bismarckstr. 109. Zu allen Kursen sind Gäste willkommen.

Langfellow English Debating Club, Bülowstr. 104: Heute abend 8:45 Uhr spricht Mr. W. W. Mann über das Thema: „Prisma House“ — an Adventure in Spiritual Economics.

## Sport.

### Rennen zu Strausberg.

Gauggarten-Rennen: 1. Ick (Eulenspiegel) (Eulenspiegel); 2. Rüt; 3. Vell. Toto: 14:10, Drei Lieben.

Giesdorfer Rennen: 1. Regina (Woff); 2. Fernandenschrit; 3. Eintracht. Toto: 16:10, Woff; 19, 16:10, Fernandenschrit; 20, 16:10, Eintracht.

Quart-Rennen: 1. Freiber (Gauze); 2. Leonus; 3. Gajtor. Toto: 19:10, Woff; 12, 14, 15:10, Fernandenschrit; 16:10, Regina, Eulenspiegel, Rüt, Westwunder.

Wilmersdorf-Rennen: 1. Rensind (Gauze); 2. Trumbfönia; 3. Meerwälder. Toto: 24:10, Woff; 17, 13:10, Fernandenschrit; 20, 16:10, Eintracht.

Waldmühle-Rennen: 1. Regina (Woff); 2. Fernandenschrit; 3. Eintracht. Toto: 26:10, Woff; 11, 15, 17:10, Fernandenschrit; 16:10, Regina, Eulenspiegel, Rüt, Westwunder.

Toppelwette: Freiber — Regina 16:10.



*Wirtschaft ist Sonntag!*

Welch' überflüssige Mahnung!

Alle klugen Mütter haben sich bereits auf den Weg gemacht. Sie wissen, daß es am Mittwoch bei uns immer besonders große Rosinen gibt, in Gestalt von schönster, modernster und zweckmäßiger Kleidung für ihre Kinder, zu unseren immer wieder bestaunten, fabelhaft niedrigen Preisen.

Wußten Sie das noch nicht? Dann ist's höchste Zeit, daß Sie sich davon überzeugen —

**GEHEN SIE ZU C&A BRENNINKMEYER**

Oranienstr. 40  
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113 Königstraße 33  
Beim Silesianer Bahnhof Am Bahnh. Alexanderplatz

Magdruck von Wort und Bild zuzahlen!



# Arbeit — nicht nutzlose Subventionen.

Alles für die Nutzung der brachliegenden Produktivkräfte! / Von Prof. E. Lederer.

Wir verwenden in Deutschland jährlich direkt und indirekt Hunderte von Millionen für die Erhaltung und Stützung von Wirtschaftszweigen, die ohne diese Subsidien aus den öffentlichen Kassen nicht weiterbestehen könnten. Rücksichten auf die Industrien und auf die Erhaltung der Beschäftigung sind es, welche ein immer wachsendes Subventionsystem allmählich entstehen lassen. Die Subventionen nehmen die verschiedensten Formen an: Direkte Unterstützungen, niedrig verzinsliche Darlehen, auf deren Rückzahlung ernstlich nicht gerechnet wird, öffentliche Bestellungen — Investitionen, die jedenfalls im Augenblick nicht nötig sind und deren Rentabilität in der Zukunft mehr als fraglich erscheint. Auch die Zölle sind hierher zu rechnen. Die großen Beschaffungsprogramme der Reichsbahn zum Beispiel sind zum guten Teil auf die Wünsche der Industrien zurückzuführen, deren Betriebe auf Reichsbahnlieferungen eingestellt sind.

Da eine rasche Auffangung der Arbeitslosen im kommenden Sommer leider noch nicht zu erwarten ist, müßte alles Bemühen auch darauf gerichtet sein, die öffentlichen Mittel so zu verwenden, daß sie der Bedarfsdeckung der Erwerbslosen zu gute kommen.

Heute werden viele Millionen für Investitionen verwendet, die nicht oder noch nicht notwendig sind (z. B. im Verkehrswesen), oder es werden Waren auf Lager hergestellt (Branntwein), oder es wird der Export subventioniert (Biegeportie). Es wäre ohne weiteres möglich, mit denselben Mitteln, das heißt ohne eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte, die Produktion von Erwerbslosen für Erwerbslose zu finanzieren und derart die Zahl der Arbeitenden zu erhöhen und die Versorgung der Erwerbslosen wesentlich zu verbessern.

Der Gedanke einer Gegenseitigkeitshilfe der Erwerbslosen, wobei diese ihre Arbeit zur Verfügung stellen, um Gebrauchsgüter für sich und andere Erwerbslose zu erzeugen, ist ganz spontan an vielen Orten aufgefaßt. So in den Erwerbslosenclubs, in den verschiedenen Reparaturwerkstätten, schließlich sogar in einigen Stadtbrandstiftungen, wo Erwerbslose (nicht nur Bauarbeiter) in gegenseitiger Hilfe aus Baumaterial, das ihnen die Stadt zur Verfügung stellt, ihre Häuser errichten und die Baukosten derart auf ein Drittel der normalen herabgedrückt haben.

Es wäre nun durchaus möglich, diesen Gedanken der gegenseitigen Hilfe zur Aktivierung der brachliegenden Produktionskräfte zu benutzen. Man brauchte nur die leerstehenden Betriebe (gegen eine Vergütung an die Unternehmer für die Ausrüstung der Apparate) anzufordern, und es könnten in diesen Betrieben arbeitslose Arbeiter und Angestellte, die ihre Unterstützung wie bisher weiterbezogen, aber keinen Lohn oder Gehalt erwarten würden, Gebrauchsgüter erzeugen, insbesondere Kleider, Wäsche, Schuhe, Hausrat, aber auch Rohungsmittel bestimmter Art. Diese Gebrauchsgüter müssen dann an die so Beschäftigten und die Arbeitslosen ohne Entgelt verteilt werden, um eine Störung des Marktes zu vermeiden. Würden alle Waren solcher Produktionen verschont, so bliebe die Warenmenge, die auf dem Markt gekauft werden kann und gekauft wird, gleich groß — es werden höchstens gewisse Verschiebungen in der Zusammenfassung der Nachfrage eintreten. (Diesen Gedanken habe ich bereits einmal früher, aber nicht in Verbindung mit dem Subventionswesen, erörtert. Er ist jetzt durch die Beharrlichkeit der Arbeitslosenziffern noch dringlicher geworden.)

### Bedenken, die keine Einwände sind.

Gegen diesen Plan wurde eingewendet, daß die Arbeitslosen als Käufer ausfallen würden, wenn sie Gebrauchsgüter gratis zugeweiht erhielten. Das ist nicht richtig. Denn die Unterstützungen der Arbeitslosen sind ja so knapp bemessen, daß die Gesamtanfrage der Arbeitslosen sicher nicht zurückgehen wird. Auch etwaige Verschönerungen in der Gestaltung der Nachfrage — wie sie überdies immer auftreten — werden kaum fühlbar sein. So hatten zum Beispiel die Sammlungen der Winterhilfe eine möglichst reichliche Gratisverteilung von Schuhen, Wäsche, Kleidern usw. an die Arbeitslosen zum Ziele, und mit Recht bestrichete niemand von der Winterhilfe eine Beeinträchtigung des Geschäftsganges.

Eine solche Produktion von Erwerbslosen für Erwerbslose verursacht natürlich gewisse Kosten, die auf etwa 40 Proz. des Detailverkaufspreises der Waren zu veranschlagen sind. Zunächst müssen die Rohstoffe, manchmal auch Halbfabrikate (z. B. Garn) gekauft werden, sonstige Materialien sind erforderlich, manche Reparaturen können nicht im Betrieb ausgeführt werden usw. Je mehr aber in einem solchen System Betriebe aller Produktionsstufen in Gang kommen, um so stärker würde der Anteil der notwendigen Barkosten sinken. Selbst wenn man aber mit 40 Proz. rechnet,

könnten etwa mit einer Aufwendung von 50 Millionen Mark Gebrauchsgüter im Werte von 125 Millionen Mark erzeugt und an die arbeitenden Erwerbslosen und darüber hinaus an alle bedürftigen Erwerbslosen verteilt werden.

Diese Gebrauchsgüter im Werte von 125 Millionen Mark sind reiner zusätzlicher Nutzeffekt. Dabei ist zu beachten, daß die Aufwendung von 50 Millionen Mark zur Ausstattung einer solchen Produktion mit Rohstoffen, Halbzug usw. auch als Arbeitsbeschaffungsfonds wirkt — noch wirksamer als die bisher gegebenen Subventionen. Nur andere Betriebe werden es z. B. sein, deren Erzeugung erweitert wird. Der Beschäftigungs-

grad in der Volkswirtschaft, die Erzeugung von Konsumgütern für regulär Arbeitende, verringert sich nicht. Der Unterschied gegenüber der bisherigen Verwendung der Subventionen besteht nur darin, daß die Mittel der produktions-technische Grundlage für Erwerbslose schaffen, die Gebrauchsgüter für sich und andere herstellen können, während heute dieselben Mittel nur zu Investitionen führen, deren Unterbleiben niemand vermischen würde, als die subventionierten Industriezweige selbst. Sollen wir weiter ins Endlose Lokomotiven, Waggons usw. herstellen, die niemand braucht, anstatt Leder, Baumwollgarn, Holz, Glas, Baumaterial usw., woraus dann Erwerbslose für sich und andere Erwerbslose Kleider, Schuhe, Wäsche, Hausrat produzieren würden?

### Das Feld einer derartigen systematischen Produktion von Erwerbslosen für Erwerbslose ist groß;

außer der erwähnten Erzeugung von industriellen Verbrauchsgütern könnten einbezogen werden: die Hochseefischerei (deren Dampfer großenteils aufgelegt), die Erweiterung der Fleischproduktion zur Wurstherstellung (heute wird die Viehzucht subventioniert, um den Export zu erleichtern), Kartoffelverkauf (anstatt für Fremdeisen). So ließe sich aber auch die landwirtschaftliche Produktion in diese Pläne einschalten.

Ich glaube, daß schon heute in Deutschland Anlässe aller Art zu solchen Arbeiterorganisationen vorhanden sind. So greifen in manchen Städten die Küchen über die Bereitung von Mahlzeiten hinaus, durch Errichtung von Heimen, von Reparaturwerkstätten usw.

### Das Bedürfnis, produktiv für sich zu arbeiten, ist eben bei den Erwerbslosen überall vorhanden.

Die Idee dieses kollektiven, gegenseitigen Arbeitsdienstes erfreut sich in manchen Arbeiterkreisen einer gewissen Beliebtheit, um so mehr würden sie ihre Kräfte für die Erzeugung von Verbrauchsgütern zur

Verfügung stellen. Wenn jetzt, wie berichtet wurde, arbeitslose Radfahrer aus Material, das die Gemeinden zur Verfügung stellen, viele neue Radfahrwege anlegen, warum sollen nicht ebenso mit öffentlichen Mitteln, die heute, volkswirtschaftlich gesehen, verschwendet werden, Schuhe und Kleider für Erwerbslose produziert werden? Gerade wenn wir für längere Zeit mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, und wenn inzwischen der Mangel in den Haushalten der Erwerbslosen immer dringender wird, so ist es auf die Dauer unerträglich, daß die brachliegenden Arbeits- und Produktivkräfte nicht zur Versorgung der Erwerbslosen selbst benutzt werden sollen.

Nach den Berechnungen, die angestellt wurden, könnten z. B. in einem vierteljährlichen Turnus mit dem Beitrag von 50 Millionen Mark etwa 100 000 Arbeitslose beschäftigt werden und für sich und andere Erwerbslose produzieren.

### Jedenfalls Bedenken von Seiten der gewerkschaftlichen Lohnpolitik wären meines Erachtens gegen eine solche Gegenseitigkeitshilfe nicht zu erheben.

Denn die Arbeit erfolgt ja nicht in einem kapitalistischen Betrieb. Kein Unternehmer könnte unter Hinweis auf die Betriebe seine Arbeiter auffordern, zu niedrigerem Lohn oder gegen Befassung der Erwerbslosenunterstützung zu arbeiten. Denn die Arbeiter könnten ihm mit Recht erwidern, daß sie dazu bereit wären, wenn er seinen Betrieb zur Verfügung stellen und die Waren an die Arbeitslosen gratis verteilen würde. Das ist ja der springende Punkt und dadurch unterscheidet sich dieser Plan von den fatalen Vorschlägen der Unternehmer, die eine Erzeugung für den Markt durch Lohnsenkung forcieren wollen. Das werden die Gewerkschaften immer mit Recht ablehnen, aber sie werden wohl keinen Einwand dagegen erheben, daß Arbeitslose für sich selbst und andere Erwerbslose in leerstehenden Betrieben wichtige Verbrauchsgüter erzeugen — derart den Bann brechend, der heute die Werktätigen von den Produktionsmitteln trennt.

# Die Neubaumieten herunter!

Praktische Vorschläge der Frankfurter Forschungsstelle für Wohnungswesen.

Je tiefer die Löhne und sonstigen Einkommen sinken, desto untragbarer werden die Wohnungsmieten. Diese Erkenntnis hat die Reichsregierung zu einer generellen Mietensenkung gezwungen, die in der Rotverordnung vom 8. Dezember vorgeschrieben wurde. Besonders unerträglich sind aber für den Großteil der Mieter die Mieten der Neubaugewohnungen, in denen immerhin heute schon ungefähr 17 Proz. der ganzen Bevölkerung wohnen. Denn die Mieten der Neubaugewohnungen sind fast durchweg wesentlich höher als die der Altmwohnungen, ihr Anteil am Einkommen ist dank der Lohnsenkungen, der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit in vielen Fällen untragbar hoch. Während aber die Mieten der Altmwohnungen generell um 10 Proz. der Friedensmieten, also ungefähr 7 bis 8 Proz. der Gegenwartsmieten gesenkt wurden, wurden die Neubaumieten im Durchschnitt nur um 5 bis 8 Proz. ermäßigt. Das lag an einer ganzen Reihe von Bestimmungen der Rotverordnung, die die Vorschriften über die Zinsenkung in vielen Fällen ganz oder fast ganz illusorisch machten. Damit ist eine

### ausgesprochene Kostlage der Neubaumieten entstanden, die nach schleunigster Abhilfe drängt.

Es ist das Verdienst des Frankfurter Genossen Ernst Kahn, die Deffektivität eindringlicher als es bisher geschehen ist auf diesen schweren Koststand hingewiesen und Wege zur Abhilfe aufgezeigt zu haben. Unter Führung Kahns wurde vor einiger Zeit in Frankfurt am Main die Forschungsstelle für Wohnungswesen ins Leben gerufen. Dieses Institut hat es sich zur Aufgabe gemacht, alle Fragen der Wohnungswirtschaft eingehend zu studieren und zu prüfen, wie ein gelundes Wohnungswesen im Rahmen des ökonomisch Möglichen gefördert werden kann. Als erstes Untersuchungsergebnis legt die Forschungsstelle der Deffektivität ein Schreiben von Ernst Kahn vor: „Möglichkeiten und Grenzen der Mietensenkung in den Neubaugewohnungen“ (Sozialts-Verlag, Frankfurt a. M.). Kahn schildert in dieser Broschüre mit sprechenden Ziffern die Kostlage, in die die Neubaumieten aus Arbeitnehmerkreisen durch die Verringerung ihres Einkommens geraten sind, und weist nach, warum sich die Bestimmungen der Rotverordnung als unzulänglich erweisen mußten. Dabei spielt er keine Rolle, ob seine Annahme, daß ungefähr die Hälfte der ersten Wohnungsbauhypotheken von der Zinsenkung gar nicht erfaßt wurden, richtig ist oder nicht. Wir möchten die Ziffer für überhöht halten; dies ändert aber an der Feststellung der Unzulänglichkeit der Mietensenkung nichts.

### Wichtige positive Vorschläge.

Kahn begnügt sich aber nicht mit diesen negativen Feststellungen, sondern unterleuchtet in sehr gründlichen und nüchternen Ausführungen, welche Möglichkeiten einer weiteren Senkung der Neubaumieten heute noch bestehen, und gelangt zu einer Reihe sehr wichtiger Ergebnisse. Zunächst schlägt er vor, daß die Rotverordnung bzw. ihre Durchführungsbestimmungen noch in einigen Punkten verschärft oder geändert werden müßten. Dabei will er an den Grundgedanken der Rotverordnung durchaus fest-

halten und hütet sich davor, eine weitere zwangsweise Zinsenkung oder eine Ausdehnung der Zinsenkung auf Auslandsschulden zu verlangen. Er fordert nur, daß die Zinsenkung auf unechte Auslandsschulden — wo der Gläubiger in Wirklichkeit ein Inländer ist — und auf jene Hypotheken ausgedehnt wird, bei denen die Verzinsung nur scheinbar 6 Proz. betragen hat, in Wirklichkeit aber — infolge niedriger Auszahlungskurve — wesentlich mehr.

Ferner sollen die Durchführungsbestimmungen zu jenem Punkt der Rotverordnung geändert werden, in dem den Hypothekenschuldnern eine Tilgung in Pfandbriefen gestattet wird. Diese Durchführungsbestimmung war ausschließlich von den Interessen der Hypothekenbanken diktiert worden, und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bereits im Februar einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt, um den Hausbesitzern und Wohnungsgesellschaften die Möglichkeit weiterer Mietenkungen zu verschaffen. Bisher ist aber diesem Antrag nicht entsprochen worden.

Schließlich regt Kahn neben einer Reihe anderer Maßnahmen an, die Abschreibungsfrage auf den Hausbesitz zu ermäßigen (durch Anwendung der Methode der Abschreibung mit Zinseszinsen). Voraussetzung dafür wäre freilich in allen Fällen, wo Tilgungshypotheken gewährt wurden, die Herabsetzung der Tilgungsraten für die Hypotheken. Der Reichsarbeitsminister hat, wie man vor einiger Zeit hörte, die Spitzenorganisationen der Institute, die Realcredits vergeben, zu Schritten in dieser Richtung aufgefordert. Man hat aber nichts davon gehört, wie diese Aktion verlaufen ist.

Kahn kommt zu sehr optimistischen Schätzungen über die Auswirkung seiner Vorschläge. Aber selbst wenn man auch bei diesen Schätzungen Abstriche für notwendig hält, so würde bei der unbesreitbaren Kostlage der Neubaumieten jedes Prozent weiterer Mietensenkung schon ins Gewicht fallen. Deshalb muß diese wichtige Aufgabe endlich von der Regierung energisch in Angriff genommen werden. Der Weg, den sie zu gehen hat, ist ihr von Kahn deutlich gemahnt worden. Im Interesse eines großen, von den Auswirkungen der Krise besonders schwer getroffenen Teiles der arbeitenden Bevölkerung ist zu fordern, daß sie nicht mehr zögert, ihn zu beschreiten.

### Leichte Belegung im Maschinenbau.

Am März hat sich nach dem Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten bei der Inlands- und Auslandskundschaft durch vermehrte Anfragen ein etwas stärkeres Interesse gezeigt. Auch der Auftragseingang hat sich gegenüber dem Tiefstand des Januar und Februar ein wenig gebessert. Der an der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden gemessene Beschäftigungsgrad lag jedoch noch immer unter 30 Prozent der Leistungsfähigkeit. Auch haben die neuen Aufträge die Menge der fertiggestellten Lieferungen nicht ausgleichen können, so daß die Auftragsbestände im ganzen weiter rückläufig sind.

Gottka folgt:  
**Fachinger Wasser**  
 zur Befreiung des Gaisels  
 STAATL. FACHINGEN



# Nicht nur Arbeitsbeschaffung!

## Pflege der Kaufkraft — Arbeitsstreckung — Regulierung der Wirtschaft.

Es ist mehr als ein glücklicher Zufall, daß dem außerordentlichen Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der heute im Reichstag stattfindet, unmittelbar die Besprechungen des Reichsarbeitsministers mit den Vertretern der Verbände der Unternehmer und der Arbeiter und Angestellten vorausgingen.

Arbeitsbeschaffung zur Überwindung des toten Punktes, auf dem sich das Wirtschaftsleben befindet, ist nützlich und notwendig. Darüber gibt es grundsätzlich keinerlei Meinungsdivergenz. Aber wenn man die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung anerkennt, dann darf man darüber nicht vergessen, was uns in diese Not der Massenarbeitslosigkeit gebracht hat. Vergesse man es, beharrte man auf den Lehren der Vergangenheit, dann würde auch die umfangreichste Aktion zur Arbeitsbeschaffung verpuffen, ohne eine dauernde Wirkung zu hinterlassen.

Es ist unbestritten, daß die internationalen Schulden- und Reparationsabmachungen die Krise verschärft haben, wie sie die Überwindung der Krise erschweren. Aber sie sind nicht die Ursache der Krise. Diese Krise hat dieselben Ursachen, die zu den vorhergehenden Krisen geführt haben. Die gegenwärtige Krise unterscheidet sich von den früheren Krisen — neben der Verschärfung durch die Kriegsfolgen — quantitativ und qualitativ insofern, als der gesamte Produktions- und Verteilungsapparat heute unendlich viel

rascher und intensiver arbeitet als früher. Technische und organisatorische Umwandlungen, die früher Jahrzehnte erforderten, sind in wenigen Jahren durchgeführt worden. Das erforderte aber einen ungeheuren Kapitalaufwand, der auf Kosten des Lohnanteils herausgewirtschaftet wurde.

Die ungeheure Steigerung der Produktivität ließ also die Kaufkraft in immer steigendem Abstände hinter sich. Dadurch wurde die ganze sogenannte Rationalisierung unrentabel. Um die Rentabilität der Betriebe zu sichern, machte man aus dem ersten Fehler ein System: man ging zum direkten Lohnabbau über. Damit ist die Krise zur Krise des kapitalistischen Systems geworden.

Wir wissen nicht, welche Richtlinien der Reichsarbeitsminister den Schlichtern am kommenden Freitag geben wird. Aber wenn diese Richtlinien nicht dahin lauten, die zerstörte Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten wieder aufzubauen und der ungeheuer gesteigerten Produktivität allmählich wieder anzugleichen, so wird kein Arbeitsbeschaffungsprogramm, so umfangreich es auch sein kann, zur Überwindung der Krise führen.

Ein zweites ist aber noch notwendig: die Steigerung der Produktivität ist so gewaltig, daß an die Wiedereinrichtung der Arbeitslosen in den Produktionsapparat nicht zu denken ist, wenn nicht gleichzeitig eine Verkürzung der Arbeitsdauer zunächst auf 40 Stunden je Woche vorgenommen wird.

Diese Arbeitsbeschaffung ist eine soziale und politische Pflicht, die nicht mehr vernachlässigt werden darf, wenn man die Radikalisierung der Massen nicht noch weiter treiben will.

Arbeitsbeschaffung ist das Gebot der Stunde. Arbeitsbeschaffung ohne systematischen Wiederaufbau der zerstörten Kaufkraft, ohne bessere Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten würde schon morgen wieder wirkungslos werden.

Aber alle diese Mittel würden noch nicht hinreichen, die Krise zu überwinden, wenn man nicht endlich dazu übergeht, den Wirtschaftsprozess planmäßig zu regulieren. Es darf nicht weiter gestattet werden, das Volkvermögen zu vergeuden in einer Wirtschaft der Großmannsjucht und des Größenwahns. Es darf nicht weiter möglich sein, mit einem ungeheuren Aufwand an Kapital, das an anderer Stelle notwendig gebraucht wird, Produktionsanlagen zu schaffen, die stillgelegt werden müssen, noch ehe sie richtig funktioniert haben.

Arbeitsbeschaffung ist das Gebot der Stunde. Wollen wir aber ein Werk von Dauer schaffen, dann muß die Arbeitsbeschaffung begleitet werden von einer Politik der Pflege der Kaufkraft, der besseren Verteilung der Arbeit und der planmäßigen Regulierung der Wirtschaft.

## Gemeindearbeiter wehren sich.

### Reichsfinanzminister will 315 000 Arbeitern nochmals den Lohn kürzen.

Die Tarifkommissionen der Gemeindearbeiter und der kommunalen Straßenbahner nahmen am Dienstag im Verhandlungshaus des Gesamtverbandes gemeinsame Stellung zu den Kürzungen der Mantel- und Lohn-tarife. Von den Kündigungen werden über 315 000 Gemeindearbeiter und kommunale Straßenbahner erfaßt.

In den Verhandlungen wurde nochmals festgestellt, daß durch die vier Lohnkürzungen im Jahre 1931 und durch Arbeitszeitverkürzungen, Beseitigung von Mehrarbeit, Entlassungen und Pensionierungen das Lohnniveau der Gemeindebetriebe allein für diese Gruppen um mehr als 30 Proz. verringert worden ist. Besonders herausgestellt wurde,

daß die treibende Kraft bei den Lohnkürzungen das Reichsfinanzministerium und das Reichsarbeitsministerium — das zuständige Ministerium für Lohn- und Tariffragen — vollständig in den Hintergrund gedrängt ist.

Durch die Kündigung der Manteltarifverträge wird eine weitgehende Herabsetzung der Leistungen dieser Verträge beabsichtigt, ferner die Herausnahme bestimmter Gruppen, so des Gesundheitswesens und der Parkarbeiter aus diesen zentralen Verträgen. Was soziale Reaktion auf allen Gebieten.

Die Vorschläge des Verbandsvorstandes über die einzuschlagenden Gegenmaßnahmen fanden einstimmige Billigung der Kommissionen. Die nachstehende Entschließung, die den einmütigen Abwehrwillen der Gemeindearbeiter und Straßenbahner zum Ausdruck bringt, fand einstimmige Annahme.

„Die am 12. April 1932 in Berlin gemeinsam tagenden Reichstarifkommissionen der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner im Gesamtverband nehmen mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Bezirksarbeitsgeberverbände auf Anweisung des Reichsarbeitsgeberverbandes die bestehenden Lohnverträge zum 30. April 1932 gekündigt haben.

Trotzdem die Lebenslage der Arbeitnehmer der Städte und Gemeinden im Jahre 1931 durch Lohnkürzungen erheblich verschlechtert wurde, sollen die Stundenlöhne mit Wirkung vom 1. Mai 1932 erneut gekürzt werden.

Die Tarifkommissionen erklären, daß eine weitere Belastung durch Lohnkürzungen für die Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner — auch nach den Erklärungen des Reichsarbeitsministers am 17. August 1931 und dem Schiedsspruch vom 1. November 1931 — völlig untragbar ist. Jede weitere Lohnsenkung wird den schärfsten Widerstand der Gesamtarbeiterschaft hervorrufen.

Von der Reichsregierung fordern die Reichstarifkommissionen, den § 7 Ziff. 4 der zweiten Gehaltskürzungsverordnung aufzuheben, weil durch die mehrmaligen Lohnkürzungen und den weiteren erheblichen Einkommensverlust, durch Beseitigung aller Mehrarbeit und Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit diese Bestimmung als erfüllt anzusehen ist.

Das weitere nehmen die Reichstarifkommissionen davon Kenntnis, daß die Reichsmanteltarifverträge für die Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner ebenfalls vom Reichsarbeitsgeberverband zum 30. April gekündigt sind.

Die Reichstarifkommissionen erklären schon heute, daß eine weitere Verschlechterung des sozialen Inhalts dieser Verträge nicht kampflos hingenommen wird.

Vom Verbandsvorstand wird gefordert, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die drohende Verschlechterung der Lebenslage für die Mitglieder des Gesamtverbandes abgemindert wird.

Aufgabe der Mitgliedschaft muß es aber sein, diesen Kampf für Erhaltung ihrer Rechte einseitig und geschlossen zu führen und für den Ausbau des Verbandes tatkräftig einzutreten. Eiserne Disziplin und geschlossenes Handeln ist dringender denn je das Gebot der Stunde.“

Brancheleitung unter dem Druck der Verhältnisse „seige“ preisgegeben worden waren.

Die AOD propagierte die Forderung: Erhöhung des Wochenlohns für ständige Arbeiter von 53 auf 63 Mark, des Tagelohns der unständigen Arbeiter von 10,30 auf 12,50 Mark und Abschaffung des sogenannten Wagenmetergeldes. Sie ließ in verschiedenen von ihr einberufenen Beratungen Streikleitungen wählen, setzte auch schon den Beginn des Streiks fest, kurzum traf alle Vorbereitungen, die zu einem richtigen AOD-Streik notwendig sind. Die Situation war allerdings für einen Streik die denkbar günstigste, denn noch in keinem Jahr der Nachkriegszeit hatte das Möbeltransportgewerbe soviel Aufträge wie diesmal für die erste Aprilwoche. Die „Rote Fahne“ kündigte mehrmals den Streik an, der Streikbeginn wurde aber immer wieder verschoben, bis endlich — die Umzugszeit vorbei und damit auch die günstigste Streiksituation verpaßt war.

Warum hat die AOD ihre Streikdrohung nicht verwirklicht? Ganz einfach, weil ihrer Parole weder die „revolutionären“ Branchenleitung der Möbeltransportarbeiter, noch diese selbst Folge geleistet haben. Die Branchenleitung hat offenbar nicht nur die Unterstützung der Spektreure, sondern auch die große Zahl von unorganisierten arbeitslosen Transportarbeitern in Rechnung gestellt, für deren Solidarität sie sich nicht verbürgen konnte. Diese Überlegung wurde von der AOD, und ihrer AOD, wenn es sich nicht um ihre Bestimmungsfreunde handelte, bestimmt als Feigheit und grenzüberschreitender Verrat gebrandmarkt werden. So aber hätte sich die kommunistische Presse, die noch bis vor kurzem fast jeden Tag den Streik der „revolutionären“ Möbeltransportarbeiter angekündigt hatte, in bedrucktes Schweigen, dessen Verlegenheit die abgrundtiefe Verlogenheit der AOD, verfindeht.

## Wasser in den Freudenbecher der AOD.

### Der Schuhmacherverband gegen AOD-Lügen.

Vom Zentralverband der Schuhmacher wird uns geschrieben: Von einem riesigen Mitgliederverlust des Zentralverbandes der Schuhmacher erzählt die kommunistische Presse ihren geduldbigen Lesern. Sie behauptet, daß der Zentralverband durch seine „reformistischen Führer“ bis auf 35 000 Mitglieder heruntergewirtschaftet worden sei.

Die Zahl ist falsch. Im Jahre 1922 waren in der Schuhindustrie rund 111 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Im Jahre 1931 dagegen nur noch 67 700, das sind 43 300 oder rund 40 Proz. weniger. Im Jahre 1922 hatten wir im Jahresdurchschnitt nur 125 Proz. Arbeitslose, im Jahre 1931 dagegen 30,5 Proz., wozu noch 43,5 Proz. Kurzarbeiter kommen. Die Zahl der Beschäftigten betrug in der Schuhindustrie im Jahresdurchschnitt 1931 nur noch rund 15 000 oder 26 Proz.

Die Zahl der Mitglieder betrug im Jahre 1922 allerdings 116 000, am Schluß des 4. Quartals 1931 aber nicht 35 000, wie die AOD-Presse lügt, sondern, wie jeder aus der veröffentlichten Abrechnung sehen kann, 59 517. Gegenüber

## Unmöglicher Lohnabbau!

### Schärfster Widerstand der Gewerkschaften angekündigt.

Zur Vorbereitung der am kommenden Freitag nach längerer Pause wieder stattfindenden Besprechungen des Reichsarbeitsministeriums mit den Schlichtern über lohnpolitische und arbeitsrechtliche Fragen haben — so wird amtlich mitgeteilt — am Dienstag wie üblich getrennte Aussprachen der Sachberater des Ministeriums mit Vertretern der Spitzenverbände der gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer über ihre Wünsche zu den Beratungsgegenständen stattgefunden. Die Besprechungen waren vertraulich.

Der Bundesausschuß des AODB, der am Dienstag im Berliner Gewerkschaftshaus tagte, nahm auch zur Aussprache im Ministerium über die Lohnfrage Stellung. Einmütig wurde in Uebereinstimmung mit dem sozialpolitischen Ausschuß des AODB, jeder weitere Einbruch in den Lohn als unmöglich abgelehnt. Auch gegenüber dem Versuch des Reichsarbeitsministeriums, die Löhne der hauptsächlich für den Binnenmarkt arbeitenden Betriebe noch mehr als bisher dem allgemeinen Lohnabbau anzupassen, wurde schärfster Widerstand der Gewerkschaften angekündigt.

## Arbeitskonferenz beginnt.

### Eröffnungsrede Moheims.

Genf, 12. April. (Eigendruck.)

Die 16. Internationale Arbeitskonferenz wurde am Dienstag von dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates Moheim, Belgien, mit einer längeren Begrüßungsrede an die 47 vertretenen Nationen eröffnet. An der Konferenz nahmen 32 Vertreter von Regierungen, 32 von Unternehmern und 31 von Arbeiterorganisationen teil.

Moheim erinnerte daran, daß bis jetzt insgesamt 480 Ratifikationen internationaler Abkommen erfolgt sind. Er besproch darauf die vier Tagesordnungspunkte, von denen die teilweise Revision der

Konvention über den Unfallschutz der Schiffsverladerarbeiter eine rein technische Revision darstelle zur Erleichterung der Ratifizierung und Anwendung. Die drei anderen Punkte bedeuteten eine Verstärkung oder Vervollständigung der internationalen Gesetzgebung. Die Aufhebung der Arbeitsvermittlungsbüros gegen Bezahlung stamme von der 1919 angenommenen Konvention über die Arbeitslosigkeit, die die Errichtung öffentlicher und unentgeltlicher Arbeitsämter vorsehe. Die jetzige Konferenz habe zu entscheiden, ob nicht die Zeit gekommen sei, die damals nur empfohlene Aufhebung der bezahlten Arbeitsvermittlung durch eine Konvention zu ersehen. Die Errichtung einer Versicherung gegen Invalidität, Alter und Tod solle den Kranz der bestehenden sozialpolitischen Abkommen vervollständigen. Endlich könne das Abkommen über das Mindestzulassungsalter von Kindern zur Arbeit in nicht industriellen Betrieben in der vorgeschriebenen zweiten Lesung angenommen werden.

Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde einstimmig der kanadische Regierungsvertreter Robertson gewählt.

## Besser machen ist schwer.

### Warum die Möbeltransportarbeiter nicht streiken.

Ende Januar stimmte die „Rote Fahne“ ein Freudengeheul darüber an, daß die bisher in der Mehrheit „reformistische“ Branchenleitung der Möbeltransportarbeiter restlos von „Oppositionellen“ befehligt worden sei, auch in der Lohnkommission hätte nunmehr die „Opposition“ die absolute Mehrheit. Kurz nach diesem Sieg machte die AOD in dieser Branche zum Streik mobil. Die „Opposition“ wollte zeigen, was eine Harke ist! Es sollten die Positionen wiedergeholt werden, die von der früheren reformistischen

## Große Kundgebung der BVG.

Am Donnerstag, dem 14. April, 1932, spricht im großen Saal der Kammersäle, Teiltower Str. 1/4 Polizeizepräsident Genoesa Grzesinski über:

### Der Kampf um Preußen

## Tabaksturz auf dem Weltmarkt



Stück

6 2/3 3 Stück 20 2

Sie sollen Mut haben, zu diesem billigen Preise uns zu vertrauen. Sie werden staunen, daß eine so hervorragende Qualität in dieser Preislage überhaupt möglich ist. Wir benutzen die Vorteile des Tabaksturzes auf der ganzen Linie, um einen Höchst-Rekord an Qualität und Preis zu bieten.

dem Rückgang der Zahl der Beschäftigten und der großen Zahl von Arbeitslosen und Kurzarbeitern hat sich also der Zentralverband der Schuhmacher außerordentlich gut gehalten.

Wenn die Kommunisten behauptet, wir hätten nach unseren eigenen Angaben nur noch 45.000 Mitglieder, diese Zahl sei aber inzwischen wohl auf 35.000 zurückgegangen, so beweist das nur ihre Verlogenheit oder ihre grenzenlose Dummheit. Sie errechnen — wie es scheint — die Mitgliederzahl von 45.000 aus der Berechnung der Delegierten zum Verbandstag. Jeder Gewerkschafter aber weiß, daß bei der Berechnung der Delegierten nur die bezahlten Beitragsmarken zugrundegelegt und 13 bezahlte Beiträge gleich einem Mitglied pro Quartal gerechnet werden. Nach der so errechneten Mitgliederzahl erfolgt die Berechnung der Zahl der Delegierten, während natürlich in der Abrechnung alle Mitglieder, auch diejenigen, die infolge Kurzarbeit nur alle 14 Tage oder drei Wochen einen Beitrag zahlen, sowie die arbeitslosen Mitglieder, mitgerechnet werden.

Wenn die Kommunisten sagen, die Verbandsleitung trage die volle Verantwortung für die Mißsorge der Schuharbeiter und für den Rückgang der Organisation, dann kann man mit demselben Recht die KPD für den Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges verantwortlich machen. Und wenn die Kommunisten verlangen, daß die „Opposition“ in allen Zahlstellen appositionelle Delegierte aufstellen und diese Delegierten dem Reichskomitee der RSD-Industrie Gruppe Leder melden soll, dann kann man dazu nur sagen, daß die KPD im Zentralverband der Schuhmacher nur sehr wenig zu melden haben wird und von gewählten Delegierten jedenfalls gar keine; denn die Rote Gewerkschaftsopposition hat im Zentralverband der Schuhmacher so gründlich abgewirtschaftet, daß von ihr nicht mehr viel übrig geblieben ist.

### Streit um das Nazitheater.

Die Mariendorfer Sektionsleitung der RSDAP ist vor dem Arbeitsgericht verklagt. Sie hatte ein „Heim“ für ihre Parteianhänger in Mariendorf, Chausseestr. 203 eingerichtet und ein Ehepaar Dornbusch mit der Bewirtschaftung des Lokals betraut. Wie der Sektionsleiter Dumke versichert, war das „Heim“ eine ideale Sache. Aber für das klagende Ehepaar war es eine durchaus materielle Angelegenheit. Sie konnten doch von der nationalsozialistischen Idee nicht leben, also wollten sie durch den Betrieb des Nazitheaters ihren Unterhalt erwerben. Damit war es aber nichts, denn die SA-Leute benutzten das „Heim“, wie Frau Dornbusch erzählt, als Wärmehalle, wo sie sich den ganzen Tag herumdrückten, ohne etwas zu verdienen. Die Hoffnung der Frau Dornbusch, durch einen Mittagstisch für andere Besucher des Lokals etwas zu verdienen, wurde dadurch vereitelt, daß die „Frauenschar der RSDAP“ die Küche für sich in Anspruch nahm, um dort Mittagessen zu 30 Pf. für die SA-Leute zu bereiten.

Der Kläger Dornbusch verlangte von der Sektionsleitung der RSDAP 900 Mark mit der Begründung, der Sektionsleiter Dumke habe ihm ein monatliches Einkommen von 200 Mark aus dem Wirtschaftsbetrieb garantiert. Dumke beschwor, eine solche Zusage nicht gemacht zu haben. Dann machte Frau Dornbusch mehrere Zeugen nachhaft, die bezeugten, daß die Leitung der RSDAP den Konkurs über ihr Lokal verhängt und ihr dadurch Schaden verursacht habe. Meiner Zeugen — so bemerkte Frau Dornbusch mit einem bezeichnenden Blick auf Dumke — schwören keinen Meineid.

Diese Zeugen werden im nächsten Termin auftreten.

### Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deute, Mittwoch, 18. April, 1935: In der letzten Sitzung der Gewerkschaftsjugend Berlin (Jugendklub) wurde über die Arbeit der Jugendbewegung in Berlin berichtet. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten.

### Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deute, Mittwoch, 18. April, 1935: In der letzten Sitzung der Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten wurde über die Arbeit der Jugendbewegung in Berlin berichtet. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten.

# Millionen Kunden haben wir überzeugen können, dass unser großer

## JUBILÄUMS-VERKAUF

alles bisher Gebotene übertroffen hat!

Schlafanzug  
Milla-fleurs-Jacke  
u. einfarbige Hose,  
sehr gut verarbeitet.  
— 3,65

Damen-Hemd  
reiner Makostoff, m. sehr  
guter Spitze  
u. Stickerei  
1,95



### DAMEN-WÄSCHE

- guter Wäschestoff, mit Stickerei und Motiv.....Stück 0,58
- farbig, mit bestickter Weste.....Stück 1,15
- Nachthemden mit halbbarer Stickerei, erprobte Qualität, Stück 1,65
- Charmeuse, extra schwarz, mit breitem ausweichbaren Gummiband, St. 1,75
- Milanesse, feinfädige Ware, großes Farbsortiment.....Stück 2,45

### KORSETTE

- Brochee, gefaltet, mit 4 Haken, St. 0,48
- Sportgürtel Brochee, breite Form, Seilverschluss.....Stück 1,45
- Hüfthalter lange Form, mit Gummiteilen, seitlich zum Haken.....Stück 1,95
- Hüfthalter mit Rückensdünung und Seitenschluss, halbbarer Dreil., Stück 1,95
- Corselet hervorrang. Jacquardqualität, seitlich zum Haken, mit Charmeusebrust, St. 4,50

Nacht-hemd reizende Milla-fleurs-Muster, mit sehr elegantem Ausschnitt 2,45

# 50 JAHRE

# HERMANN

### FROTTIERWÄSCHE

- guter Frottiertstoff, ca. 45/100 cm., Stück 0,40
- schwere Qualität, schön gemustert.....Stück 0,58
- extr. schwer, mod. Must. Gr. ca. 50/120 cm., Stück 0,95
- gute Qualität, Größe ca. 125/160 cm., Stück 2,95

### BADEWÄSCHE

- für Bademäntel, vollfarbiges Muster, ca. 150 cm breit, Meter 2,90
- weiße Herrenform, moderne Ausmalung.....Stück 7,90

Strandanzüge, Badehaube, Badeschuhe usw. in grösster Auswahl!

### MORGENRÖCKE

- Flanell, schöne Koramust., mit Kordelgarnier, 5,50
- bunt bedruckt, Waschnaht, mit einfarb. Kunstseid. Schal und Ärmelaufsätzen, St. 6,90



Corselet gut Brochee, 2 Gummiteile, gefaltet, gut ausgearbeitet, Charmeusebrust... 2,45

Zu Abb. links Hüfthalter hervorrangend halbbarer dreifarbiges Brochee, 2 Gummiteile und verstärktes Leibteil 3,75

Büstenhalter feinfädiger Trikot, gut ausgearbeitete Passform 0,48

Zu Abb. rechts fesche Damen-Bademantel, gute dunkelgrüne Dessins, in mehreren Farbbelegungen 5,90

Badetrikot extra schwere, reine Wolle, gestrickt, modernes Farbsortiment 3,90

# Millionen Kunden werden wir davon überzeugen, dass die zum Verkauf gestellten Waren Zeugnis grösster Leistungsfähigkeit geben!

Verkauf sowohl Vorrat Mengenabgabe vorbehalten

### KLEINE ANZEIGEN

Preis: Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf. Wiederholungsabgabe: 5 mal 5%, 8 mal 7 1/2%, 12 mal 10%, oder 10-0 Worte Abschluss 10%, 2000 Worte 15%, 5000 Worte 20%. Annahme durch den Verlag Lindenstr. 3 1/2, 9 bis 5 Uhr, sämtliche Vorwärts-Blätter u. -Ausgaben, sowie alle Annoncen-Expeditoren

#### Verkäufe

Deute, 18. April, 1935: In der letzten Sitzung der Gewerkschaftsjugend Berlin (Jugendklub) wurde über die Arbeit der Jugendbewegung in Berlin berichtet. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten.

#### Kaufgesuche

Deute, 18. April, 1935: In der letzten Sitzung der Gewerkschaftsjugend Berlin (Jugendklub) wurde über die Arbeit der Jugendbewegung in Berlin berichtet. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten.

#### Unser Pflanz

Deute, 18. April, 1935: In der letzten Sitzung der Gewerkschaftsjugend Berlin (Jugendklub) wurde über die Arbeit der Jugendbewegung in Berlin berichtet. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten.

#### Garten, Laube und Balkon

Deute, 18. April, 1935: In der letzten Sitzung der Gewerkschaftsjugend Berlin (Jugendklub) wurde über die Arbeit der Jugendbewegung in Berlin berichtet. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten.

#### Beim Pflanz

Deute, 18. April, 1935: In der letzten Sitzung der Gewerkschaftsjugend Berlin (Jugendklub) wurde über die Arbeit der Jugendbewegung in Berlin berichtet. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten.

#### Vermietungen

Deute, 18. April, 1935: In der letzten Sitzung der Gewerkschaftsjugend Berlin (Jugendklub) wurde über die Arbeit der Jugendbewegung in Berlin berichtet. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten. Die Jugendbewegung hat sich in Berlin außerordentlich gut gehalten.